

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**
 Berlin SO36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 3. Oktober 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Kapitalistische Wirren

Wie eine Bombe platze in der verflochtenen Woche die Nachricht herein, daß die Bank von England durch Parlamentsbeschluß vom 21. September ab nicht mehr die Banknoten in Gold einlöst. Gleichzeitig wurde der Diskontsatz von 4½ auf 6 Proz. erhöht. Damit ist nun die deutsch-österreichische Finanzkrise auch auf England übertragen. Die Tagespresse hat sich in den letzten Tagen von ihrem jeweiligen politischen Standpunkt bemüht, diesen Vorgang „aufzuklären“. Ob das ganz gelungen ist, erscheint recht zweifelhaft. Wir wollen an dieser Stelle nur in Erinnerung bringen, daß der Generalkonferenz der englischen Gewerkschaften schon vor längerer Zeit in seinem Bericht für die Herabsetzung der Kaufkraft des englischen Pfundes und die Verminderung des Goldwertes eingetreten ist unter dem Gesichtspunkt, daß dadurch die Zinsenlast verringert und die in- und ausländischen Gläubiger nicht länger Nutznießer der Goldwertsteigerung bleiben. In der Hauptsache war natürlich der Gedanke dabei, eine vergrößerte Ausführung zu ermöglichen und so die Produktion anzukurbeln. Das würde natürlich in seiner Konsequenz eine Erschwerung des Auslandsabzuges für andere Industrieländer, insbesondere Deutschland, bedeuten.

Als Ursache des englischen Börsenzusammenbruchs (so weit man davon sprechen kann) wird ebenfalls eine Vertrauenskrise angegeben. Durch das Stillhalte-Abkommen mit Deutschland waren allein 1,4 Milliarden Mark englischer Kredite festgefroren. Hinzukam nun der Wechsel in der englischen Regierung. Vielleicht hat auch der Lohnstreik der englischen Regierungsflotte das Weltkapital mißtrauisch gemacht. Jedenfalls sind in zwei Monaten über 200 Millionen Pfund = 4 Milliarden Mark an Gold und Devisen von England abgezogen worden. So ist der Goldvorrat der Erde nunmehr in der Hauptsache auf Amerika mit 20,8 Milliarden Mark und Frankreich mit 9,3 Milliarden Mark eingeschränkt. Nach dem Kopf der Bevölkerung gerechnet ist der Goldbestand gegenwärtig folgendermaßen verteilt: in Frankreich 226 Mk., Vereinigten Staaten 170 Mk., England 75 Mk. und

Deutschland 23 Mk. Daß dieser Zustand auf die Dauer wirtschaftlich nicht zu ertragen ist, liegt auf der Hand. Inzwischen wird bekannt, daß es auch in Frankreich zu Kriseln beginnt. Eine der größten Banken (Bank National de Credit) ist ebenfalls zusammengekracht. Sie wird aber (wie in Deutschland) durch den Staat gestützt werden. Auch in Bulgarien sind inzwischen allerhand Bankschwierigkeiten entstanden. Also Finanzkrise, wohin man blickt.

Verbandsmitglieder! Funktionäre!

Die Reaktion holt zum Schlage gegen die organisierte Arbeiterschaft aus. Die in jahrzehntelangem, schwerem Ringen der Gewerkschaften erzielten Erfolge auf wirtschaftlichem, wirtschaftspolitischem, rechtlichem und sozialem Gebiete sollen beseitigt werden.

Diese Absichten unserer Gegner müssen durchkreuzt werden. Es gilt, den Abwehrkampf der Arbeitnehmer zu organisieren.

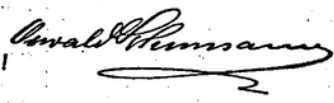
Dieser Kampf kann nur erfolgreich geführt werden, wenn die Organisation gestärkt und gefestigt wird.

Die bisher interessellos abseits stehenden, dem gewaltigen Ringen der Arbeiterschaft um Erhaltung ihrer Position tatenlos zusehenden Arbeitsgenossen müssen aufgerüttelt, als Mitglieder gewonnen und zu Mitkämpfern erzogen werden.

Es ist deshalb unbedingte Pflicht aller Mitglieder und Funktionäre, neue Streiter für die Organisation zu werben.

Auf an die Arbeit!

Stärkt die Kampfkraft
 des Gesamt-Verbandes!



Brüning-Regierung noch nicht einmal alle heraus, die der bestehenden Wirtschaftskrise in die Zügel fallen sollen. Wir möchten an dieser Stelle noch einmal klipp und klar aussprechen, daß die Methoden der Brüning-Regierung von der gesamten Arbeitnehmerschaft als völlig verfehlt angesehen werden. Darüber hat auch die Kundgebung des ADGB und des AFA-Bundes, worüber wir an anderer Stelle berichten, gar keinen Zweifel gelassen. Lohn- und Gehalts herabsetzungen müssen zwangsläufig zu verminderter Produktion führen und werden den Arbeitsmarkt nur weiterhin belasten. Hiergegen haben die Gewerkschaften den Abwehrkampf aufgenommen und die Finanz- und Wirtschaftskrise anderer Länder kann uns nur bestärken in der Erkenntnis, daß wir alles daran wenden müssen, um von dem unseligen System des „Sparens“ durch Lohn oder Gehaltsabbau abzukommen. Die Gewerkschaften haben also gegenwärtig ein klares Ziel und es gilt, die gewerkschaftliche Einheitsfront im scharfen Abwehrkampf zu bilden.

Inzwischen hat Brüning auch bei den Schwerindustriellen gesprochen, die ihren Präsidenten, Duisberg, infolge Ueberalterung durch den noch größeren Scharfmacher Krupp von Bohlen und Halbach als Vorsitzenden ersetzt haben. Hier hört man das ewige Geschrei von der Notwendigkeit des Lohnabbaues, obwohl alle volkswirtschaftlichen Resultate gegen diese sinnlose, rein egoistische Maßnahme sprechen. Trotzdem sind den Schwerindustriellen von Brüning augenscheinlich neue Subventionen versprochen worden. Den Arbeitern, Angestellten und Beamten werden also Millionen, ja Milliarden entzogen, während man Hunderte von Millionen nutzlos für Agrarsubventionen, dann weitere Millionen zur Unterstützung der bankrotten Banken und nun auch noch für die Großindustriellen hergibt. Diese ungeheuerliche Ungerechtigkeit entspricht freilich dem kapitalistischen System. Es muß notwendigerweise zu weiteren Schwierigkeiten und Wirrnissen führen.

Angesichts dieser ernsten Situation ist es doppelt schlimm, daß die Arbeiterfront zerrissen ist. Es ist kurios: Liest man den „Völkischen Beobachter“ oder die „Rote Fahne“ und ihre Nebenblätter, so könnte man manchmal meinen, es ist ganz dasselbe! Mord und Totschlag steht an der Spitze. Man beklagt die eigenen Gefallenen und beschuldigt die anderen als Mörder. Zu guter Letzt schimpft man auf Polizei und Staat, daß diese „Mörder“ nicht richtig erfaßt und bestraft werden. Man sollte denken, daß die Arbeiter endlich dieses Gaukelspiel überschauen. Es ist nicht uninteressant, daß auch Trozki vor kurzem die unmögliche Taktik der deutschen Kommunisten in einer Weise glosierte, die wirklich lesenswert ist. Aber wo der Fanatismus zu tief sitzt, da helfen die besten Argumente nicht. Wir müssen also dort, wo wir noch A.G.O.-Leute oder Nazis treffen, sie gewissermaßen wie Kranke behandeln und ihnen die nötige Arznei zur Wiedergenesung beizubringen versuchen. Das ist schwer, muß aber auf die Dauer

doch gelingen; denn wir wollen und können nicht daran glauben, daß ein beträchtlicher Teil des deutschen Volkes dieser Zeitkrankheit erliegt.

Inzwischen hat Hugenberg seine Tiraden auf dem deutsch-nationalen Parteitag losgelassen. Auch er kennt nur einen Weg: „Nationale Selbsthilfe“ und „Befreiung vom Marxismus“. Wir möchten dazu nur feststellen, daß in dem jetzigen kapitalistischen Drunter und Drüber vom Marxismus keine Spur zu finden ist. Die Staats-, Wirtschafts- wie auch Finanzkrise sind unzweideutige Ausflüsse des kapitalistischen Wirrwarrs und wir haben allen Anlaß, immer wieder zu betonen, daß nur eine planmäßige Wirtschaftsgestaltung im Sinne des Sozialismus uns endgültig über die furchtbaren Erscheinungen der jetzigen Zeit hinweghelfen kann.

Mittlerweile hat auch die Außenpolitik allerhand wichtige Vorgänge zu verzeichnen. Wir müssen uns an dieser Stelle beschränken auf die Feststellung, daß der österreichische Heimwehrputsch leider nicht die verdiente Bestrafung erhalten hat, im Gegenteil, man scheint nach der Pfrimer-Affäre schon wieder einen neuen Putsch anzulegen. Es ist aber nicht daran zu zweifeln, daß die österreichische Sozialdemokratie, die mit den Gewerkschaften eine Einheitsfront bildet, ohne daß das Mißgeschick der KPD irgendwelche Einflüsse hat, auch mit den neuen Putschgeplänen fertig wird.

Die Versuche Japans, in der Mandchurei vorzudringen und einen regelrechten Krieg vom Zaune zu brechen gegen China, sind leider vom Völkerbund nicht energisch zurückgewiesen worden. Es scheint aber bei alledem, daß sich Japan etwas zu weit vorgewagt hat. Jedenfalls steht das Ansehen des Völkerbundes in dieser Sache erheblich auf dem Spiel.

Gegen Arbeitslosennot — für Wohnungs- und Siedlungsbau

Eine öffentliche Kundgebung des ADGB. und des AFA-Bundes fand am 25. September 1931 im ehemaligen Herrenhaus in Berlin statt. Der stellvertretende Vorsitzende des ADGB., Kollege Eggert, begrüßte die zahlreich erschienenen und verwies einleitend auf die Tatsache, daß gegenwärtig die Regierung Brüning wieder neue Notgesetze vorbereitet. Wir erheben namens der Millionen freigewerkschaftlich organisierter unsere Stimme und protestieren, daß man mit Lohnabbau und Sparmaßnahmen dieser Weltwirtschaftskrise beikommen will. Damit hat man vielmehr das Gegenteil erreicht!

Alsdann sprach Franz Spliedt vom ADGB. über:

Arbeitslosigkeit — Arbeitsbeschaffung.

Ende August waren rund 4,2 Millionen Arbeitslose gemeldet. Von den Gewerkschaftsmitgliedern waren mehr als ein Drittel (34,1 Proz.) vollarbeitslos, weitere 21 Proz. waren Kurzarbeiter. Vollbeschäftigt waren nur 45 Proz. aller Mitglieder. Man muß sich auch vor einem allzu starken Pessimismus hüten; so wird der Winter sicherlich 5½ bis 6 Millionen Arbeitslose bringen. Die Situation ist durch die lange Dauer der Arbeitslosigkeit um so furchtbarer. 1,1 Millionen Menschen erhalten Krisenunterstützung. Sie sind also mindestens mehr als ein halbes Jahr arbeitslos, und 1,4 Millionen Menschen erhalten Wohlfahrtsunterstützung, d. h. sie sind in der Regel mindestens 1 bis 1½ Jahr ohne Arbeit. Eine schnelle Lösung der Weltwirtschaftskrise ist nicht zu erwarten. Alle Bemühungen müssen daher im Augenblick darauf konzentriert werden, Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen. Der bisherige Einwand der Arbeitgeber, die die von der öffentlichen Hand beeinflusste Arbeitsbeschaffung ablehnen, kann nicht durchschlagen. Auch die Brauns-Kommission hat ausgesprochen, daß die derzeitige Wirtschaftslage dazu zwingt, „der durch äußere Umstände gehemmten Initiative der Privatwirtschaft dadurch zu Hilfe zu kommen, daß durch eine Kapitalwerbung auf Grund öffentlicher Kredite neue Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, die ihrerseits ausstrahlt auf Beschäftigung und Absatz der deutschen Gesamtwirtschaft.“

Leider sind im Augenblick die Aussichten auf die notwendige Kapitalbeschaffung recht gering. Aber die auch heute noch gegebenen Möglichkeiten werden nicht genügend erschöpft. Es muß möglich sein, eine Reihe von neuen Arbeiten durchzuführen. Dazu gehören in erster Linie Arbeiten der Reichsbahn. Die Bauberufe, insbesondere auch der Straßenbau, dürfen nicht völlig zum Erliegen kommen. Was nutzt die Neuschaffung geringer Arbeitsmöglichkeiten, wenn auf der anderen Seite die Gemeinde als der große Auftraggeber der deutschen Industrie derart lahmgelegt wird, daß fast jeder Auftrag zurückgezogen wird, daß alle öffentlichen Bauten fast restlos stillgelegt werden. Es müssen Möglichkeiten gefunden werden, diesen alles ertötenden Druck von den Gemeinden zu nehmen.

Diesfach werden vorhandene Mittel falsch eingesetzt. Eine allgemeine Verwaltungsreform würde Mittel größeren Ausmaßes freimachen. Die wirtschaftlich längst überholte Dielstaaterei und die Instanzenwirrnisse schafft nicht nur einen unnötig kostspieligen Verwaltungsapparat, sondern wirkt durch ihre zahlreichen Kompetenzkonflikte auf die Wirtschaftsentwicklung hemmend. Hier bieten sich Einsparungsmöglichkeiten, deren Ertrag an anderer Stelle unserer Wirtschaft sehr viel fruchtbarer verwandt werden könnte. Eine unerträgliche Verschwendung sind die direkten und indirekten Subventionen an die Landwirtschaft. Zusammen mit den aus dem übersteigerten Zollschutz resultierenden Ueberpreisen werden der Landwirtschaft jährlich rund 3 Milliarden Mark, ebensoviel wie der Arbeitslosenschutz kostet, zugewandt. Der Erfolg ist die Erhaltung schlecht wirtschaftender Betriebe. Nirgends zeigt sich trotz dieser Subventionen der Versuch, zu einer vernünftigen Planwirtschaft zu kommen. Statt dessen beeinträchtigt die Landwirtschaft durch ihre Preispolitik die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt.

Zur Stützung der deutschen Banken und vieler Großbetriebe sind in den verflorenen Wochen Millionen festgelegt worden. Ständen diese Summen für eine gut organisierte Arbeitsbeschaffung zur Verfügung, so ließe sich damit sehr viel leisten.

Sind die Mittel für eine systematische Arbeitsbeschaffung knapp, so müssen um so mehr Maßnahmen verlangt werden, die indirekt den Arbeitsmarkt beleben. Eine vernünftige Agrarpolitik muß die Lebenshaltung verbilligen, um die Kaufkraft der breiten Massen zu stärken. Statt dessen zerstört eine unsinnige Lohnpolitik die Kaufkraft des deutschen Arbeitnehmers immer mehr. Die Löhne sind im Laufe des letzten Jahres um 15 bis 18 Proz. gesunken, sehr viel stärker als die Lebenshaltungskosten. Die verhängnisvolle These vom Segen der Lohnsenkung droht uns immer weiter in die Katastrophe zu treiben. Ein durch unerträgliche Lohnsenkung vermehrter Absatz auf dem Weltmarkt ist unmöglich, weil auch die Importländer ihrerseits mit Lohnsenkung reagieren oder ihre Grenzen gegen die Dumpingwaren schließen. Es muß endlich dem Lohnabbau Einhalt getan werden.

Arbeitsbeschaffung bedeutet aber auch Abkehr von einer Kartellpolitik, die im Inland die Waren verteuert und sie dem konkurrierenden Ausland verbilligt anbietet. Der freiwillige Arbeitsdienst droht zu einer neuen Gefahr für den Arbeitsmarkt zu werden, weil, wenn die fraglichen Arbeitsobjekte nicht tatsächlich in vollem Ausmaß zusätzlich sind, von ihm ein unerträglicher sich auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt weiter durchsetzender Lohn-Druck ausgeht. Die internationale Verstärkung der Wirtschaft, die internationale Krise des Arbeitsmarktes verlangt internationale Maßnahmen zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung. Wer Arbeit schaffen will, muß das internationale Vertrauen festigen helfen. Das Fehlen dieses Vertrauens ist weitgehend die Ursache der Weltwirtschaftskrise. Ihre furchtbare Schwere und Hartnäckigkeit datiert vom Ausgang der letzten Reichstagswahlen. Mißtrauisch durch das Bramarbasieren kindischer Maulhelden, schließen sich die Nationen voneinander ab, statt gemeinsam die alles erdrückende Krise zu bekämpfen.

Auch die allgemeine Arbeitszeitverkürzung muß in den Dienst der Arbeitsbeschaffung gestellt werden. Um die Arbeitslosigkeit in etwas einzudämmen, muß die anfallende Arbeit auf eine größere Zahl von Arbeitnehmern verteilt werden. Leider läßt sich die Reichsregierung durch den Widerstand der Arbeitgeberverbände beeinflussen und scheut sich, selbst von den viel zu geringen Möglichkeiten, die die Notverordnung vom 5. Juni 1931 bietet, praktisch Gebrauch zu machen. Die Einführung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche begegnet nicht unüberwindlichen wirtschaftspolitischen oder technischen Schwierigkeiten. Die Arbeitgeber widersetzen sich vielmehr aus lohnpolitischen Gründen, weil sie fürchten, daß die allgemeine Arbeitszeitverkürzung nicht genügend Raum läßt für die

von ihnen geforderte weitere erhebliche Lohnsenkung. Die Tatsache, daß mehr als ein Drittel aller zurzeit überhaupt beschäftigten Arbeiter bereits Kurzarbeiter sind, die sich verteilen auf Zehntausende von Betrieben der unterschiedlichsten Größe in allen Berufen, beweist, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden wirtschaftlich und technisch durchaus möglich ist. Ist die 40-Stunden-Woche auch kein Allheilmittel, so bietet sie doch im Augenblick die einzige sich sofort auswirkende Möglichkeit, 700 000 bis 800 000 Arbeitslose wieder in die Betriebe zurückzubringen.

Sp Liebt schloß seine mit starkem Beifall unterstrichenen Ausführungen mit dem Ruf:

„Schluß mit dem verdammten Lohnabbau!“

Wichtig und wirkungsvoll waren auch die Ausführungen des Vorsitzenden vom Bauwerksbund Bernhard über „Die Bauwirtschaft in der Krise“. Er zeigte die ungeheure Arbeitslosigkeit im Baugewerbe auf, dabei ist der Baumarkt die Schlüsselindustrie für viele andere. Wir brauchen mehr billige Wohnungen. Scharf wandte er sich gegen das Institut für Konjunkturforschung, das nicht objektiv, sondern leichtfertig die Behauptung aufstellte, es sei keine Wohnungsnot mehr da. Wir brauchen 750 000 billige Wohnungen. Die Hauszinssteuer muß für den Wohnungsbau erhalten bleiben. Wir verzichten auf die Unterstützung des Staates, wenn wir Arbeit haben! Wir fordern Arbeit! — Ministerialdirektor Meyer vom Preußischen Wohlfahrtsministerium trat ebenfalls energisch für die Erhaltung der Hauszinssteuer und Beibehaltung des gemeindlichen Wohnungsbaus ein.

Interessant waren die Darlegungen des letzten Redners, Staatssekretär Krüger vom Preußischen Landwirtschaftsministerium. Er behandelte die Siedlungsfrage. Die ungeheure Subvention an die Landwirtschaft hat sich als wenig wirksam erwiesen. Allerdings kann auch die Siedlungshilfe nur für arbeitslose Landarbeiter in Frage kommen.

In scharfer Zusammenfassung wies am Schlusse Eggert noch einmal darauf hin, daß die Brüning-Notverordnung vom 4. Juni 1931 ein Unglück für das deutsche Volk und eine völlig verfehlte volkswirtschaftliche Maßnahme war.

Wir fordern erneut kategorisch die gesetzliche 40-Stunden-Woche. Es ist höchste Zeit, daß diese Frage endlich durch das Kabinett Brüning gefördert wird und zur Beschlußfassung gelangt!

Wir fordern erneut kategorisch die gesetzliche 40-Stunden-Woche. Es ist höchste Zeit, daß diese Frage endlich durch das Kabinett Brüning gefördert wird und zur Beschlußfassung gelangt!



Seid solidarisch mit den Arbeitslosen!

Ein schwerer Winter steht bevor. Not und Kälte bedrohen Millionen unserer Volksgenossen. Mitgefühl allein macht keinen Hungernden satt, richtet keinen Verzweifelten auf. Tatkraftige Hilfe ist nötig. Die Solidarität der arbeitenden Massen, in schwersten Zeiten der Vergangenheit erprobt, muß sich jetzt von neuem erweisen. Die Zahl der arbeitslosen Volksgenossen steigt noch immer. Die Dauer der Arbeitslosigkeit führt zu zunehmender Verarmung ganzer Volksschichten.

Wenn durch die Finanzlage von Staat und Gemeinden die Leistungen der öffentlichen Fürsorge immer ungenügender werden, dann müssen sich alle, die noch arbeiten und alle, die noch über das Notwendige hinaus etwas besitzen, die Hände zu einer besonderen kameradschaftlichen Hilfsaktion reichen. Es geht um die Arbeitslosen und ihre Familien. Es geht um die Kinder, die Jugend, die Invaliden und die Alten. Es sind Klassengenossen, Hand- und Kopfarbeiter, die schuldlos aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet sind.

Die Arbeiterwohlfahrt ruft die Arbeiterschaft und ihre Freunde, alle diejenigen, die für die große Gegenwartsnot Verständnis haben, zu einer Hilfsaktion für unsere notleidenden Klassenkameraden auf. Sie fordert dazu auf, zusammenzutreten und durch kameradschaftliches Helfen zu beweisen, daß die Schicksalsverbundenheit der Arbeiterschaft lebendig ist und bleibt. Die mitunterzeichneten Verbände schließen sich dem an. Wir wissen, daß wir mit dieser Hilfe nicht die sozialen Schäden der kapitalistischen Wirtschaft beheben können.

Es geht uns darum, den Kampfesmut und die moralische Kraft der arbeitslosen Klassengenossen zu erhalten.

Die unterzeichneten Organisationen fordern deshalb alle, an die unser Ruf gerichtet ist, auf, den bei ihnen vorzuredenden mit Ausweis versehenen Sammlern der Arbeiterwohlfahrt, der die Durchführung des Solidaritätswerkes übertragen ist, einen Beitrag, sei es in Form von Geld oder Naturalien, zu geben. Jeder, auch der bescheidenste Betrag ist geeignet, zu helfen.

Gebt für die Notgemeinschaft des arbeitenden Volkes.

Außer den Beiträgen, die für Hausammlungen gegeben werden, nehmen Spenden entgegen die Ortsausschüsse und die Bezirksausschüsse für Arbeiterwohlfahrt. Wer seine Spende nicht örtlich geben will, überweise sie auf das Postsparkonto des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt Berlin Nr. 5982, mit dem Stichwort „Solidaritätshilfe“.

Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V. — Sozialdemokratische Partei Deutschlands. — Hauptvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands. — Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. — Allgemeiner freier Angestelltenbund. — Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Die RGO.-Schande bei der Dresdner Straßenbahn AG.

Die RGO.-Männer bei der Dresdner Straßenbahn glaubten kürzlich die langangekündigte „selbständige Aktion“ ohne die „arbeitverräterische sozialfaschistische Gewerkschaftsbonzokratie“ unternehmen zu können. Nicht nur ohne diese Gewerkschaften, die in kommunistisch-bilderreicher Sprache so bubenhast beschimpft und durch die RGO. zerfchlagen und für die Arbeiter als erledigt erklärt werden, sondern auch gegen sie. Denn, so verkündeten die RGO.-Strategen pathetisch, „die in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeitverräter werden dem revolutionären Elan der kampferlöschenden RGO. in den Rücken fallen und die solidarische Klassenfront durchbrechen“. Uebersetzte man das „revolutionäre“ Phrasengewäsch in erträgliches Deutsch, so sollte das heißen: Wenn dieser Kampf nicht gelingt, dann sind die Gewerkschaftler schuld!

Die RGO.-Helden hatten also schon eine Ahnung von der kläglichen Niederlage ihres „großen Kampfes“, dessen „Elan“ doch nur der Angst vor ihrer Gefolgschaft entsprang, die für die widerwillig gezahlten Beitragsgrößen endlich etwas sehen wollten!

Auch in Dresden zerfchellte das RGO.-Geschwätz an der unerschütterten Front der Gesamtverbänder, die sich nur des Rufes ihrer Führung gewärtig hielten. Die Streikbrecher aber, wenn man überhaupt diesen schon in den Anfängen zusammengebrochenen Versuch der RGO.-Aktion als Streik bezeichnen wollte, waren die RGO.-Leute selbst.

In Dresden befand sich der Hauptsitz der RGO. in den beiden städtischen Aktiengesellschaften (Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und Straßenbahn), weil in den übrigen städtischen Betrieben trotz energischer Versuche keine „revolutionäre“ Zellenbildung möglich war. Bei den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken erledigte sich der Versuch eines Streikes dadurch, daß in einer Betriebsversammlung dieser Werke, in der man tausend Mann erwartete, nicht einmal hundert erschienen waren. Von diesen hundert stimmten etwa fünfzig für den Streik. Aber auch diese gingen am anderen Tage in die Betriebe. Die RGO.-Führer dieser Werke taten das, weil sie nicht ganz so gewissenlos waren wie die ganz „revolutionären“ Kämpfer der Straßenbahn.

Die Dresdener RGO. hatte schon monatelang vom Kampf gegen die Notverordnungsdiiktate gefaselt, die Belegschaften stünden restlos hinter ihr und die paar Gewerkschaftler brauche man nicht mehr, weil sie, nämlich die RGO., den Kampf allein führe.

Nun, es kam, wie die Gewerkschaften vorausgesagt hatten: Die RGO. brachte nicht einen Mann, nicht einmal ihre Edel- und Spitzenfunktionäre aus den Betrieben. Die besannen sich einmal auf die Ausrede: „Wir können keinen Kampf unternehmen, wenn — die Gewerkschaften nicht mitkamen!“

Wie schon vorweg bemerkt, die revolutionären Kämpfer der Straßenbahn unter der rühmlichen Führung der „roten“ Betriebsräte, dem kommunistischen Stadtrat Gruner, dem kommunistischen Stadtverordneten Lade u. a. wollten nicht einsehen, was ihre „roten“ Kollegen der anderen Werke nüchtern erkannten, nämlich die Ohnmacht der RGO., das völlige und klägliche Versanden der ganzen Bewegung. Die „roten Räte“ der Straßenbahn wollten — oder richtiger gesagt — sie mußten, weil es ihre Auftraggeber und das Prestige es verlangten, in den Kampf.

Nun begann die Kozitragödie. Man berief eine Betriebsversammlung der Straßenbahn ein. Unter Stadtrat (sonst Schloffer) Gruners Führung redeten sich mit ihm noch zwei andere „rote Räte“ durch Proklamierung des Streikes bewußt um Kopf und Kragen. Das Betriebsrätegesetz zieht bekanntlich bei solchen Dingen enge Grenzen, die diese „roten Räte“, wie sie selbst betonten, mit voller Ueberlegung überschritten.

Die versandete RGO.-Bewegung brauchte eben einige Märtyrer. Wie vorauszu sehen, entließ die Direktion der Straßenbahn die drei „roten Räte“. Die RGO.-Führung hoffte dabei, die Empörung über die Entlassung der „besten revolutionären Köpfe“ treibe die Belegschaft elementar auf die Straße. Sie verrecknete sich gründlich! Die Entlassung erfolgte Dienstags, am Mittwochmorgen wurde der Dienst, auch von allen RGO.-Funktionären, restlos aufgenommen.

Tödliche Verlegenheit bei den RGO.-Strategen! Die „elementare Bewegung“ wurde eingeweckt bis zum Sonnabend derselben Woche. Wenn es nicht so unsagbar traurig wäre und nichts-würdig für die Arbeiterbewegung, man könnte über diese RGO.-Kampfvorbereitung lachen. Denn als man am Sonnabend den Kampf (den man durch Streuzettel unter dem fahrenden Publikum und durch die knallig aufgemachte kommunistische „Arbeiterstimme“ am Vortag des Streikes treu und bieder angekündigt hatte) beginnen wollte, hatten Direktion und Polizei die Bahnhöfe

und Werkstätten längst gesichert. Die gedungenen Erwerbslosen, die unter Führung der RGO.-Funktionäre des Straßenbahnbetriebes die Bahnhöfe und Werkstätten abriegeln sollten, fanden diese natürlich schon besetzt.

Das Traurigste und Jämmerlichste kommt noch hinzu: Die sieben „roten“ RGO.-Mitglieder des Betriebsrates, die doch, abgesehen von den übrigen RGO.-Funktionären, die restlos an diesem Streiktage den Dienst begannen, nach großmütigen Reben zur endlichen „Aktion“ mindestens an der Front sein mußten, waren — verhindert! Nummer 1 bis 3 von diesen sieben waren schon entlassen und konnten im Gelände gut sagen: Hannemann, geh du voran! Nummer 4 konnte „als Betriebsrat nicht mitstreiken“ und begann den Dienst. Nummer 5 wollte die „Masse“, weil sie doch im Betriebe blieb, nicht allein drin lassen, nahm seinen Wascheimer und puhte die Wagen. Nummer 6 nahm vorzichtshalber Urlaub. Und der letzte von den sieben, ach... wo war denn der geblieben? Er hatte sich, ausgerechnet an diesem Kampftage —, in der Badewanne die Fußzehe verstaucht! Er mußte „leider zu Hause bleiben“. Weil er der schönste von diesen „Revolutionären“ ist, sei sein Name ehrend festgehalten: es ist der „rote Betriebsrat“ Richard Berger der Dresdener Straßenbahn. Immerhin: diesen „tüchtigen“ Funktionär haben inzwischen KPD. und RGO. wegen Feigheit ausgeschlossen, weil das selbst diesen grundfaßlosen Vereinen zu hanebüchen war. Seine Abwanderung zu den Nazis ist wahrscheinlich.

Der RGO.-Bewegung ist damit ein vernichtendes Urteil gesprochen. Bestätigt wird das von „berufener Seite“, nämlich dem sächsischen RGO.-Chef, Paul Jäkel, der im „Kämpfer“, dem KPD.-Blatt in Chemnitz, schreibt:

„Reben einigen Streikämpfen im Reich hat es die RGO. nicht verstanden, breite Teile der Gemeindegewerkschaften in den Kampf zu führen. Die wichtigste Ursache der Nichtauslösung des Streikes in den sächsischen Gemeindegewerkschaften ist das nicht genügend feste Vertrauen der breiten Arbeitermassen zur RGO. — Die Arbeiter haben noch nicht das feste Vertrauen, das die RGO. instand setzen könnte, erfolgreiche Kämpfe zu führen. Dazu kommt noch das Versagen eines Teiles der roten Betriebsräte, mangelndes Interesse der Arbeiter in den Betrieben. Zurückweichen vor den Unternehmern!!! — Ein weiterer Mangel ist die schlechte Arbeit der Betriebszellen und der Betriebsgruppen sowie das Fehlen eines guten Funktionärapparates. Besonders hat sich der fehlende revolutionäre Vertrauensmännerkörper in allen Betrieben als ein Hauptmangel bei der Organisation und der Auslösung des Streikes gezeigt.“

Jäkel bestätigt, daß die Gemeindegewerkschaften kein Vertrauen zur RGO. haben konnten. RGO.-Leute, die immer behaupten, daß sie „auch organisiert seien“ und auf die „reformistischen Unterstützungsvereine“ schimpfen, betteln jetzt in den Betrieben um Unterstützung. Die „Gemaßregelten“, wie sie sagen — lies: die Opfer einer blödsinnigen Aktion —, müssen unterstützt werden. Die Sammler entblöden sich nicht, mit ihrer Schnorrerei auch zu Freigewerkschaftlern zu kommen. Einem dieser Betriebsamen antwortete ein Verbandsmitglied:

„Ihr habt doch immer das Verbandsgeld gespart, indem ihr bei euerm „Gänsesteuerverein“ nur 20 oder 30 Pf. bezahlt habt. Ihr müßtet doch jetzt jeder einmal drei bis fünf Mark in der Woche aufbringen für die Opfer, die ihr zur Straße gebracht habt. Und jetzt kommt ihr noch zu uns sammeln, ihr traurigen Kreaturen! Schert euch weg, ich will mit euch nichts zu tun haben!“

Das Ehr- und Reinlichkeitsgefühl, das aus den Worten dieses Gewerkschaftlers spricht, sollte sich jeder klassenbewußte Arbeiter zu eigen machen. Wenn nach ernsthaften Versuchen, abseitsstehende Arbeiter für die freie Gewerkschaft zu gewinnen, unverfüllter Haß und schroffe Ablehnung erfolgt, müssen unsere Verbandsmitglieder aus Achtung vor sich selbst und unserer Bewegung den moralischen Trennungsstrich ziehen. Kein Wort, keine Hilfeleistung mehr für solche Elemente. Dieses Mittel der Absonderung hat früher, als es noch keine RGO. gab, in vielen Fällen das Ehrgefühl mancher geweckt und sie doch noch zu uns geführt. Es hilft auch heute.

Arbeiter! Erkennt, daß die RGO., die der ehrlichen Arbeiterbewegung in den Rücken fällt, nie etwas für euch tun kann! Sie fordert nur Opfer, um die es einem leid tun kann, weil sich selten RGO.-Funktionäre darunter befinden. Durch diese Opfer muß die Arbeiterschaft nachdenklich gemacht werden.

Die Arbeiter, die im Gefolge der RGO. nie danach fragten, wo ihre Beitragsgrößen blieben, die es ruhig hinnahmen, daß die kommunistische Partei mit ihrem guten Wagen dieses Geld schluckte, die Arbeiter, die sich einreden ließen, daß sie in der RGO. richtig organisiert seien, werden erkennen, daß ihr Platz nur in der freien Gewerkschaft sein kann. W. Kirchhoff, Dresden.

Film, Funk und Arbeiterschaft

Ein Teil unserer Kollegen ist in der Filmindustrie, insbesondere bei den Vorführungen beschäftigt. Sie haben die oftmals nicht ganz leichte Aufgabe, den Besuchern in rasendem Tempo das vorzuführen, was die jeweilige Filmproduktion bringt. Natürlich werden sie auch ihre kritischen Bedenken haben, aber die müssen sie bekanntlich zurückstellen. Ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind, wie wir wiederholt an dieser Stelle dargelegt haben, durchaus verbesserungsbedürftig. Es wäre an der Zeit, daß sich alle diese Kollegen im Gesamt-Verband

organisieren, um so in der Interessengemeinschaft, sei es wie in jetziger Zeit — im Abwehrkampf, zusammenzuhalten, sei es — bei dem Wiederbeginn einer wirtschaftlichen Konjunktur — den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzunehmen. Aber heute wollen wir mehr zu unserer gesamten Leserschaft sprechen. Da ist festzustellen, daß wir unterscheiden müssen zwischen dem Film, wie er heute ist, und dem Film, wie er sein sollte. Die Ufa-Filmgesellschaft unter Hugenberg's deutschnationaler Führung versucht zu erheblichem Teil die ganze Filmindustrie nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt. Es wird da indirekt wieder ein Patriotismus gepflegt. Und wenn man in der Ufa-Wochenschau die militärischen Aufmärsche aus allen Ländern, insbesondere auch aus dem zurzeit schlimmsten Militärstaate Frankreich aufzeigt, so sicher nicht mit dem Hintergedanken, dies als abschreckendes Beispiel zu zeigen, sondern die ganze Aufmerksamkeit läßt darauf schließen: es wird zur Nachahmung empfohlen! Hiergegen müßten die Millionen Filmbesucher, die für Abrüstung und Friedensbestrebungen sind, energig Stellung nehmen. Das geschieht aber leider nur ganz selten. Wohl aber kommt bei den wirklich guten Filmen, wie z. B. „Im Westen nichts Neues“, eine kleine Horde von Nazis daher, macht einen schweren Radau und die Filmaufsichtsbehörden sind willfährig genug, solche Filme dann wegen Störung der öffentlichen Ordnung auch noch zu verbieten. Zwar haben wir in diesem Fall eine Wiederfreigabe erreicht. Es ist aber doch nur ein Fall unter vielen. Im allgemeinen werden Kriegs- und Kitschfilme noch allzu zahlreich produziert, während erzieherische und Friedensfilme rar sind. Nun hatten vor Eintritt der starken Finanzkrise Partei und Gewerkschaften begonnen, ebenfalls Filme geschäftlicher und sonstiger Darstellung zu bringen und für die Propaganda zu benutzen. Auch unser Verband hat eine Reihe von Filmen herausgebracht. Insbesondere sind *F a f i l m e* für einzelne Gebiete eingerichtet, die sich in den verschiedenen Kollegenkreisen großer Beachtung erfreuen. Wir möchten auch an dieser Stelle gerade mit Rücksicht auf die notwendige vermehrte Werbetätigkeit in den nächsten Wochen und Monaten auf die Möglichkeit hinweisen, den Film hierfür zu Hilfe zu nehmen.

Leider ist unser Einfluß auf die gesamte Filmproduktion und -reproduktion noch sehr gering. Hier haben sich Kräfte eingeschaltet, die weder pädagogisch noch sonst den Beruf dazu hätten. Für sie gibt es nur eins: viel Geld verdienen! In einigen Städten wird wenigstens durch *Schulkinos* sowie durch städtische *F i l m e i n r i c h t u n g e n* dieser Sache ein Paroli geboten. Auch unsere Gewerkschafts- und Volkshäuser sind vielfach mit gutem Erfolge dazu übergegangen, ein eigenes *F i l m t h e a t e r* einzurichten und dadurch erzieherisch zu wirken. Alles in allem sieht das Bild der Filmproduktion wie auch der Wiedergabe noch recht unerfreulich aus. Der Kitsch überwiegt derart, daß reichlich drei Viertel der ganzen Produktion davon umfaßt wird. Deshalb muß die Arbeiterschaft, sobald die jetzige Depression einmal überwunden ist, mit neuer Kraft dieses Gebiet für ihre Zwecke in Angriff nehmen.

Nicht viel besser liegen die Dinge auf dem Gebiete des *R u n d - f u n k s*. Was könnte der Rundfunk für unsere Kollegenchaft sein! Er könnte mit einfachem Detektor für Ortsempfang eine gute Erholung im Arbeiterhaushalt darstellen. Nun zeigen zwar die Teilnehmerziffern trotz aller Not der Zeit auch heute noch ein aufsteigendes Bild. Mehr als 3¼ Millionen sind offiziell am deutschen Rundfunk angeschlossen, so daß man mit reichlich zehn Millionen mehr oder weniger regelmäßigen Rundfunkhörern rechnen kann. Welch eine Wirkungs- und Propagandamöglichkeit. Aber

die Masse der Arbeiterschaft hat auch hier nur sehr geringen Einfluß auf die Gestaltung des Programms. Gewiß sind die großen Sender Berlin, Langenberg, Südrundfunk usw. alles in allem mittlerweile so weit, daß sie ein einigermaßen befriedigendes Programm zur Auswahl stellen, soweit die *M u s i k v e r a n s t a l t u n g e n* in Frage kommen. Wie anders liegen die Dinge aber im Vortragswesen. Hier kommt höchstens hier und da ein „Konzessionszulage“ als Vortragender aus der Arbeiterschaft hinein, sonst aber sind viele dieser Vorträge entweder zu sehr vom Katheder aus gesehen, also zu lehrhaft und schwer verständlich, oder, was oftmals dasselbe ist, zu langweilig. So stellt dann der Arbeiterhörer den Apparat bald ab. Manchmal mit nicht ganz geringer Wut über das, was er da widerspruchslos über sich ergehen lassen soll. Nun müssen wir gerecht sein. Es gibt eine Anzahl Länder, wo der Rundfunk noch viel schlechter ist. Wir denken dabei z. B. an Frankreich, wo man die Anpreisungsreklame im einzelnen in den Rundfunk eingespannt hat. In England wiederum werden die kirchlichen Zeremonien und Andachten in außergewöhnlich breitem Maße im Rundfunk wiedergegeben. Aber auch bei uns in Deutschland müßte den Wünschen der Gewerkschaften und der Sozialistischen Partei, die doch zusammen mehr denn zehn Millionen Menschen umfassen, stärker Rechnung getragen werden. Es bleibt auch hier unsere Aufgabe, sowohl für die Werbearbeit als auch für die politische, soziale und wirtschaftliche Aufklärungsarbeit den Rundfunk stärker in Anspruch zu nehmen. Nun haben sich in jüngster Zeit unter

Führung des Arbeiter-Radio-Bundes und der Sozialdemokratischen Partei Abhörergemeinschaften gebildet. Durch kritische Beleuchtung und Diskussion soll sowohl die programmatische als grundsätzliche Einstellung der jeweiligen Rundfunkdarbietung, als auch die technische Wiedergabe erörtert werden, um so eine Verbesserung und Umgestaltung des Programms zu erreichen. Nach unserer Meinung müßte die Tagespresse, insbesondere unsere Parteipresse sich viel kritischer einstellen! Ebenso sollten die Arbeitervertreter bei den einzelnen Rundfunkgesellschaften ihren Einfluß im Sinne unserer Kulturauffassung stärker zur Geltung bringen. In Holland hat man durch kleine Eigensender es ermöglicht, daß die Arbeiterschaft einen stärkeren Einfluß auf den Rundfunk genommen hat. Es fragt sich, ob nicht auch in Deutschland die Zeit endlich gekommen ist, wo durch Inanspruchnahme der Kurzwellensender eine völlige Umstellung des Rundfunks ermöglicht wird und die Arbeiterschaft selber ein Kulturprogramm entwickeln kann, das für ihre Hörer wesentlich geeigneter ist als das, was wir heute im allgemeinen von dem bürgerlichen Rundfunk vorgelegt bekommen. Auch auf diesem Gebiete bleibt uns noch große Pionierarbeit zu verrichten.

Der Reichsbildungsausschuß der SPD. feiert in diesem Jahre seine 25jährige Tätigkeit im Dienste der Arbeiterbewegung. Hier ist ein Feld, auf dem er noch neue Kulturarbeit leisten kann.

Emil Dittmer.

Kino

Vogelampen giehen durch die Nacht
Wogen Lichtes. Gierig trinten
Sie die Häuser, daß die Fenster blinten
Wie eine schimmernde Nacht.

Grelle Plafate loden und schrein
Ueber die Straße. Aus dem Gedränge
Einer hastigen, schwebenden Menge
Treten Gruppen ins Kino ein.

Fabrikarbeiter, von der Fron
des Tages müd. Verkäuferinnen,
Nähmädchen, die sich goldne Märchen spinnen
Vom Glück und treuer Liebe Lohn.

Was gibt die straffe Leinwand nicht zu schauen!
Breite Wälder und Prärien,
Hüffelherden, die vor flinken Jägern stehen
Und dunkler Wolken Wetterbrauen.

Und weit hin schimmerndes Meer . . .
Drüber hin,
Den kesseln Sehnsuchtswünschen gleich
Silbermühen blühen

Und grüne Wellen hoch an Dampferlantzen
Die stolze Furchen ziehn
In unbekannter Menschen schönes Reich,
Sprühen

Auch Schauerdramen, blutrünstig erlogen,
Und süßliche Szenen, den Reichen geweiht,
Die um eine arme Schöne gefreit
Und sie nicht betrogen.

Hübsche Mädchen folgen unbedwandt
Den Bildern und saugen ein die Lügen.
Sie lassen sich so gern betrügen
Von dem, was ihre Seele bannet.

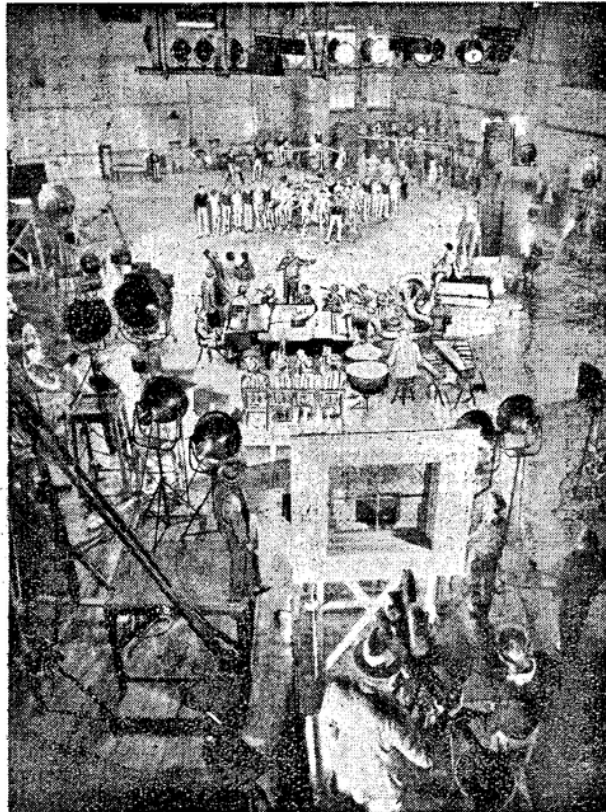
Glanztrunken gehn sie zögernd dann nach Haus
Und sehn in dunkler Kammer noch ein Licht,
Das sonnenhell durch ihre Träume bricht . . .
Der graue Alltag löst es wieder aus.

Bruno Schönbank

Zur Soziologie des Films

Alle Kulturererscheinungen werden direkt oder indirekt den politischen Zwecken der jeweilig herrschenden Gesellschaftsklasse dienlich gemacht. Sie sind nur im Rahmen der sie bedingenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung überhaupt denkbar. Jede kulturelle Eroberung ist im Zeitalter des Kapitalismus von zweierlei Bedeutung: Einmal rein wirtschaftlich, also im Sinne der wachsenden Machtentfaltung des Kapitalismus, dann in ihrer Auswertung für die Geisteshaltung der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Erfindung des Films hat der herrschenden Gesellschaft das wirksamste Mittel der unmittelbaren Beeinflussung in die Hand gegeben und ihr ermöglicht, auf mannigfachen Umwegen fast mechanisch auf Fühlen und Denken der verschiedensten Volksschichten einzuwirken. Die Filmgesellschaft, der Regisseur, die Darsteller und an letzter Stelle der Verfasser des Filmanuskripts bieten instinktiv dar, was im Gesichtskreis und im Interesse ihrer bürgerlichen Umgebung liegt. Das kann selbst dann zum Ausdruck kommen, wenn sie sich aus Konjunkturgründen oder sogar aus ehrlich gemeinter Menschlichkeit gezwungen sehen, die Wirklichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung — wirtschaftliches Elend, Verbrechertum, Klassenjustiz usw. — darzustellen. Die Durchschlagkraft filmischer Darbietungen ist geeignet, Wirkungen zu erzielen, wie sie kaum ein anderes Darstellungsmittel kennt. Während die Bühne die Erfüllung gewisser Vorbedingungen vom Zuschauer erfordert, stellt der Film bedingungslos den direkten Kontakt zwischen den Vorgängen auf der Leinwand und dem Zuschauer her. Auch die Erfindung des Tonfilms hat diese Grundeigenschaft der filmischen Darstellung nicht aufgehoben, sondern nur verschoben. Gerade durch den raschen Kontakt mit dem Zuschauer war es dem Film von vornherein möglich, seine Wirkung auf diejenigen Volksschichten auszudehnen, die bis dahin weder die Möglichkeit hatten, ins Theater



Bei der Arbeit im Metro-Goldwyn-Mayer-Tonfilmstudio in Hollywood (Aus „Das neue Bild“)

zu gehen, noch in der Lage waren, den Vorstellungen auf der Bühne zu folgen. Man hat daher den Film als ausgesprochen demokratische Kunst bezeichnet, trotzdem diese Behauptung abwegig ist. Wohl hat der Film die Möglichkeit, eine im besten Sinne des Wortes volkstümliche Kunst zu sein, aber in unserer Gesellschaftsordnung ist das nur selten und sehr bedingt der Fall. Der Film rechnet zwar mit einem sozial gestuften Publikum, es kommt ihm jedoch in der Hauptsache, entsprechend der sozialen Struktur der derzeitigen Gesellschaft, auf die untersten Volksschichten an. Trotz aller Wandlung des Films sind nach wie vor Filme, die die Wirkungen auf die große Masse bezwecken, in der Mehrzahl. Daher überwiegt noch immer der Filmtyp, der an die spezifisch kleinbürgerliche Gemütsart mit ihrer Sentimentalität, Rührseligkeit und Sehnsucht nach einer höheren Stufe der Gesellschaftsgeltung appelliert. So werden dem kleinbürgerlichen Zuschauer Lebensverhältnisse vor Augen geführt, die die Illusion eines begehrenswerten Lebens, nämlich des der gesellschaftlich Höhergestellten erwecken. Diese Vorkäufung, die den noch nicht freien Arbeiter entwürzeln muß, bedeutet eine direkte Gefahr für die Arbeiterbewegung.

Einen großen Raum nimmt im Film die Idealisierung des Familienlebens ein, und zwar nach dem Grundsatz, daß über alle Not und Unbillen des schweren Alltags die Flucht in das trostbringende traute Familienleben hinweghilft, in dem noch immer patriarchalische Zustände herrschen sollen. Einen noch größeren Raum im Film nimmt die Liebe ein, die in vielen

Variationen nach einem ganz bestimmten Schema immer wiederkehrt, wenn es auch mitunter manchmal dramatisch zugeht. Es gehört auch zu der Wesenheit des Kleinbürgers, daß seine Einbildungskraft sich gern in der Vorstellung verwegener Abenteuer wiegt, die außerhalb seiner Lebenssphäre liegen. Die Uebertretung der Gesetze in Abenteuer- und Kriminalfilmen täuscht ihn über das gesetzlich geschützte soziale Unrecht hinweg und erzeugt in ihm eine Neigung zu Wirklichkeitsfremder Romantik. Auf der einen Seite hat so der Spießer die Gewißheit der unabänderlichen Wirklichkeit, die keinerlei Abenteuer oder Verletzung des Strafgesetzes verträgt, andererseits ist das los-

gelöste Schwelgen in einer Filmromantik, die jenseits seines Lebens liegt, wehenlos. Dieser Zwiespalt ist dazu angetan, den Kampfwillen des Gewerbetreibenden, Kleinbeamten, Angestellten und unorganisierten Arbeiters zu lähmen. Und doch sieht sich der Film unter der Einwirkung der überhandnehmenden wirtschaftlichen Massennot gezwungen, sich immer mehr der Wirklichkeit mit ihren brennenden Problemen zuzuwenden. Die Art jedoch, wie die Zeitfragen behandelt werden, zeigt wiederum, von welcher gesellschaftlich gebundenen Voraussetzungen die hierbei maßgebenden Faktoren ausgehen. Nur in einzelnen Fällen, und zwar dort, wo die Wucht des Stoffes den Zuschauer einfach überwältigt, wie beispielsweise in „Hunger in Wallenburg“, erfüllt der Film seine eigentliche Aufgabe, das Leben unverfälscht zu zeigen. Hier ist der Anlaß zu einer vollkommenen Umwandlung des Films gegeben. Nur bei der wahrheitsgetreuen Wirklichkeitswiedergabe kann der Film das werden, was er längst im Dienste der herrschenden Klasse ist, nämlich ein ungemein wirksames Klassenkampfmittel der Arbeiterbewegung. Soweit die derzeitige Filmproduktion aus Konjunkturrücksichten genötigt ist, sich für die Lebenssphäre des Arbeiters zu

interessieren, geschieht das in fast durchweg unzulänglicher oder irreführender Weise. Der Film kann für den Arbeiter nur dann wesentlich sein, wenn er dazu beiträgt, ihn in seinem Klassenbewußtsein zu stärken und seine Kampfmittel zu stärken. Alles andere ist von geringer oder gar keiner Bedeutung.

Von allen Zeitfragen ist ohne Zweifel das Problem der Arbeitslosigkeit die brennendste. Es ist für die Lebensfremdheit der Literatur bezeichnend, daß sie sich auch erst jetzt mit diesem Problem zu beschäftigen beginnt. Daraus kann gefolgert werden, wie schwer es ist, unter den obwaltenden Umständen einen Arbeitslosenfilm herzustellen, der seinen Zweck, ein wahrheitsgetreues Bild der Arbeitslosigkeit mit ihren Hintergründen wiederzugeben, erfüllen könnte. Es fehlt der direkte Kontakt mit der Masse der Arbeitslosen, es fehlt aber auch die richtige Einstellung zu ihr. Wo ist der Wille, die brutale Wahrheit rückhaltlos zu zeigen?

Trotzdem wird man von sozialistischer Seite daran gehen müssen, einen Arbeitslosenfilm herzustellen. Aber dann nur wahrheitsgetreue Aufnahmen, deren überwältigende Wirkung nur geringster künstlerischer Nachhilfe bedarf. Den Bildern aus dem Leben der Arbeitslosen müßten solche aus dem Leben der besitzenden Klasse gegenübergestellt werden. Dann werden die Tatsachen allein eine nicht zu überbietende Sprache reden. H. B.

Der Krieg im Aether

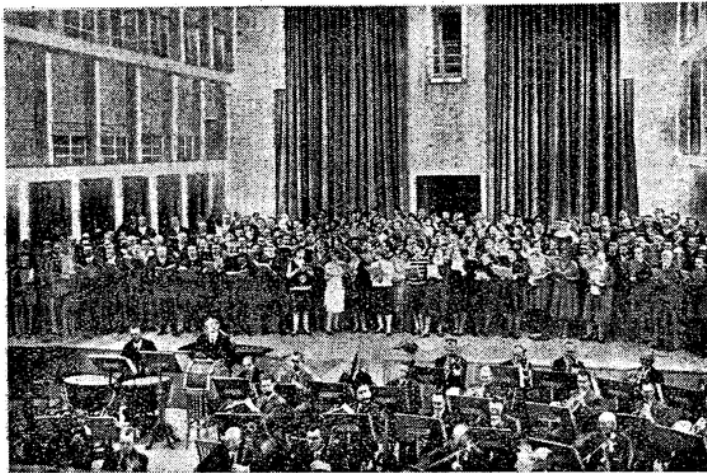
Zwei Parteien interessierten sich aktiv für den Rundfunk, als 1923 der erste deutsche Sender in Berlin eröffnet wurde: die Elektroindustrie und daneben eine Gruppe von Wirtschaftspolitikern. Die Elektroindustrie wollte begreiflicherweise verdienen; dagegen hatten die Wirtschaftspolitiker die ehrgeizige Idee, einen großen Propagandaapparat aufzuziehen, der den Aether annekieren sollte. Damals arbeiteten erst in England zwei größere private Sender, die fast nur Unterhaltungs- und Tanzmusik verbreiteten. Langsam gingen die übrigen europäischen Staaten daran, nach dem englischen Vorbild je eine Station einzurichten. Das schien Deutschland der gegebene Augenblick: In aller Stille wurde Geld zusammengescharzt, und schon nach einem Jahr standen 12, nach einem weiteren, also 1925, sogar 19 Stationen da. Der Industrie konnte das nur recht sein; sie hatte ständig Arbeit. Und die übrigen Nationen waren tatsächlich überrumpelt. Wer im Ausland Rundfunk hören wollte, empfing

deutsche Sender, deutsche Vorträge, deutsche Nachrichten. Was die übrigen Länder gebaut hatten, kam dagegen nicht annähernd auf. Aber das Ausland verstand die Situation sehr rasch, und die Rundfunkhäuser setzten auch dort ein. Wer noch keinen Sender hatte, fing zu bauen an. Die großen Staaten trieben die Senderzahl immer weiter in die Höhe. Ging das beim besten Willen nicht mehr, dann wurden die vorhandenen Stationen verstärkt und brüllten von heute auf morgen doppelt, dreifach, fünfmal so laut als vorher. Ein Teil des Wellenbandes war auf feierlichen Konferenzen für Luftschiffahrt, Polizei usw. reserviert worden — trotzdem erklangen auch hier sehr bald die Rundfunksendungen. Ein tolles Wettrennen im Aether: die Stationen überlagerten und überföhren sich, die Sendungen vermengten sich zu einem Brei von Mischklängen (Interferenzklängen), in dem nicht das geringste verständlich war, und von der Riesenmenge vorhandener, starker Stationen blieb zeitweise nicht einmal ein Duzend übrig, das die besten Empfangsgeräte einwandfrei empfangen konnten. Der Krieg im Aether war erklärt. Alle zwischenstaatlichen Vereinbarungen, die Gründung einer Union Internationale de Radiophonie in Genf, ihre Wellenverteilungen und Sendervorschriften sind bis heute eine lächerliche Farce geblieben.

Der Kampf gegen zwei Fronten in jedem Lande. Die zahlenmäßige Ausbreitung richtet sich gegen die anderen Staaten. Bezeichnenderweise wurden die neuen Sender besonders gern an den Grenzen, nicht etwa im Zentrum des Landes, errichtet: Köln und Langenberg, seinerzeit mit die stärksten europäischen Sender, sind gegen Frankreich vorgeschoben; ähnlich Breslau-Gleiwitz gegen Polen. Als Antwort errichtete Polen in Kattowitz eine viel stärkere Station — darauf wurde wieder die Energie der schlesischen Sender erhöht —, und die Teilnehmer hörten schließlich gar nichts mehr als ein wüßtes Gemenge aus beiden Programmen. Erst der diplomatische Apparat schuf später wenigstens provisorische Ordnung. Die zweite Front dieses Kampfes steht aber gegen die Arbeiterschaft im eigenen Lande. Mit allen Mitteln sucht man den Fernempfang ausländischer Stationen — die viel beschwähnte „völkerverbindende“ Mission des Rundfunks — abzudrosseln, um sie bemittelten Schichten als unterhaltenden Luxus zu servieren. Läßt sich schon der bauernschlaue Plan, den deutschen Rundfunk ganz Europa aufzuzwingen, nicht verwirklichen, dann soll wenigstens die Arbeiterschaft vom Ausland abgesperrt bleiben: Die Sender mit den höchsten Kilowattenergien werden in dicht bewohnte Industriegebiete gestellt, damit sie alles andere überhöhen und hier nur durch die teuersten Hochleistungsempfänger (etwa von 500 Mk. an) zugunsten fernere Stationen auszusuchen sind. Wenigstens im Inlande muß sich nun der großaufgelegene Propagandaapparat lohnen; zwangsweise wird ihm der Arbeiter

ausgeliefert und zahlt dafür bei uns die höchsten Rundfunkgebühren der Welt.

Seit einem Jahr ist der Krieg im Aether in ein neues Stadium getreten. England will die vorhandene Anzahl von mittelstarken Stationen mit Energien zwischen 0,5 bis 5 Kilowatt durch einige wenige Großsender mit Sendenergien von 50 bis 75 Kilowatt ersetzen. Der Bau und Betrieb derartiger Riesenstationen ist natürlich sehr teuer. Die kleinen Länder können also nach diesem Plane höchstens etliche ganz schwache Sender für ihre engsten Bezirke betreiben und fallen dann für den europäischen Rundfunkempfang praktisch aus. Die größeren Staaten dürfen sich allenfalls ein bis zwei Großsender leisten, und England hofft, an der Spitze zu liegen, da es die Kapitalien für etwa acht Stationen in diesem Ausmaß bereitstellt. Also ein typischer Gewaltfrieden, der heute schon endgültig gescheitert ist. Allerdings haben England, Rußland, Schweden, Norwegen und Finnland in



Arbeiterjünger im Funkaal. Die Aufführung des Chiemsee-Chorwerkes im Moragnaal Hamburg mit dem Barmbeder Volkschor

den letzten Monaten solche sinnlos vergrößerten Sender errichtet; indessen verstärkten aber die übrigen Länder ihre gefährdeten Stationen — statt sie abzureißen, wie man naive hoffte —, und das Ergebnis sind wiederum Störungen, von denen nicht einmal die neuen prozenthaftesten Riesen verschont bleiben. Deutschland hielt sich als gebranntes Kind, das Feuer scheut, von diesen jüngsten Aethereroberungsplänen zunächst zurück und geriet deshalb mit seinen, für heutige Verhältnisse ziemlich schwachen Sendern ins Hintertreffen. Um so sorgfältiger sind seine Zukunftspläne gegen beide Fronten ausgearbeitet. Am meisten lag der Reichsrundfunkgesell-

schaft Süddeutschland am Herzen, weil dort seit etlichen Monaten ein neuer französischer Sender von Staßburg ausgezeichnet empfangen wird. Sein Programm — zur Hälfte in deutscher Sprache — steht hoch über der langweiligen Taktlosigkeit der deutschen Kulturpropaganda im Rundfunk. Seit November schreit ihn daher der deutsche Großsender in Mühlacker tot: weit überlegen an Kilowattenergie, um so subalterner in der Programmqualität. Die übrigen Großsender werden, wie es jetzt schon programmatisch heißt, in unmittelbarer Nähe der Großstädte errichtet. Also auch hier wieder die Front nach innen, eine chinesische Mauer zur Verhinderung des Fernempfangs, Isolierung der Arbeiter von den übrigen europäischen Staaten, überall: Rückschritt durch Rundfunk!

Ein gutes Bild von der Entwicklung des Rundfunks

in Europa während der letzten vier Jahre geben die nachfolgenden Uebersichten nach der absoluten Zahl der Rundfunkteilnehmer:

	1927	1928	1929	1930
Deutschland	2 009 842	2 635 567	3 066 682	3 509 509
Großbritannien	2 375 226	2 628 397	2 956 736	3 411 910
Schweden	328 133	380 863	427 564	482 305
Dänemark	188 260	252 200	308 927	429 331
Österreich	291 548	325 200	376 366	423 534
Tschechoslowakei	220 000	236 861	267 962	315 241
Ungarn	83 314	168 452	266 567	307 909
Polen	117 231	189 481	202 566	246 000
Italien	41 000	51 000	85 000	176 356
Finnland	36 900	73 800	95 742	106 559
Schweiz	59 066	70 183	83 757	101 808
Norwegen	60 191	59 996	71 181	84 441
Rumänien	7 871	14 487	32 000	41 199
Jugoslawien	—	21 000	29 952	42 478
Lettland	16 048	23 962	29 440	38 740
Irland, Freistaat	26 000	26 406	25 733	26 000
Estland	10 350	14 261	15 360	13 440
Litauen	5 670	11 838	10 706	11 588

„Wahn-Europa 1934“

III.

In Wien und Budapest war es zu ähnlichen Abmachungen mit der „Union“ gekommen. In Kopenhagen, Brüssel und im Haag hatten die Regierungen die englische, entschiedenere Formel vorgezogen, die wirksamer schien gegen das anschleichende Kriegsgespenst.

Albanier und Südslawen hielten Waffenruhe. Aber aus dem inneren Südslawien rollten im geheimen Truppentransporte gegen die italienische und bulgarische Grenze. Die Bulgaren ihrerseits verstärkten ihre Grenztruppen.

Italien war von der Außenwelt abgeriegelt. Die ganze Nacht hindurch dröhnten die Gleise unter den Militärzügen, die durch Norditalien rasten.

Capponi verzichtete auf Belagerungszustand. Die faschistische Miliz in Stadt und Dorf machte ihn überflüssig. Mit eisernen Klammern war das Volk Italiens zusammengehalten. Ein reichliches Jahrzehnt völkischer Erweckung machte sich — so schien es — jetzt bezahlt.

Vor dem Palazzo Venezia sangen und jubelten die Schwarzhendeln. Schweigend gehorchte die Masse des Volkes.

Der Duce empfing die ganze Nacht hindurch die Chefs der fremden Missionen, Offiziere, Staatssekretäre. Mit ruhigen Atemzügen arbeitete er an seinem mächtigen Renaissance Tisch, diktierte, rief Befehle ins Telephon, während sein Ohr zugleich den Vorträgen seiner Unterarbeiter lauschte. Seine braunen Augen blühten in den fernsten Winkel des Landes, er hörte die leisesten Stimmen zwischen den Alpen im Norden und Afrika im Süden. Jede Nachricht, die aus Europas Funktürmen schwirrte, flatterte auf seinen Tisch, wurde von seinem Hirn aufgesogen und verarbeitet.

Ein Erdbeben zittert, stöhnt, fiebert. Italien gleicht einer gigantischen Maschine, deren Räder hemmungslos ineinander greifen, nur daß ihr Tempo beängstigend gesteigert ist.

Krieg? Capponi lächelt nicht mehr spöttisch. In den letzten zwanzig Stunden hat er das Lächeln verlernt. Er sieht, wie die Karten eines furchterregenden Spieles gemischt und verteilt werden, Aieten und Trümper. Jetzt entscheidet die Kaltblütigkeit, mit der die Staatsmänner ihre Gewinnchancen im Kontobuch einzutragen verstehen. Der Duce hat sein gestecktes Ziel erreicht: in Albanien steht das Landungskorps, die Luftflotte ist zum Angriff und zur Verteidigung versammelt, die Mobilmachung im Gange, ohne daß sie öffentlich verkündet wurde. Stolz und schweigend beugt sich das Volk unter die Faust seines Diktators.

Im Morgengrauen blickt Capponi zur Wandkarte hinüber. Nicht mehr nach Albanien; sein Auge hängt jetzt an einem schwarzen Punkt in Nordwesten: Paris! Dort fallen die Würfel. Trotz verschlossener Grenzen weiß der Duce alles, was im Land des Nachbarn vorgeht. Aus der Feindschaft Saint Brice — Brandt trinkt Roms Herr neue Lebenskräfte. Nur zu! Frankreich soll sich selbst auffressen! Dann braucht Italiens kostbares Blut nicht zu verströmen. Wenn Brandt heute in der Kammer den getriebenen Greis stürzt, ist nichts mehr zu befürchten. Ein Kabinett Brandt bedeutet Frieden! Opferlosen Sieg für Rom...!

Das Telephon zerflücht die Gedankenbilder Capponis.

Eine Arbeiterdeputation aus Mailand will empfangen sein!

Mailänder Arbeiter? — Der Duce bekommt plötzlich glasharte Augen. Jawohl, her mit den Leuten...!

Steckt also doch etwas hinter den gestrigen Meldungen? Daß in Mailand eine unbekannte Funkenstation gehört wurde! Man hatte sie zunächst für eine der vielen Stationen gehalten, die im Zusammenhang mit den militärischen Vorbereitungen neu in Betrieb gesetzt waren. Aber der Ueberwachungsdiens hatte auch noch gemeldet, daß die Arbeiter einiger Mailänder Großbetriebe passive Resistenz gezeigt hätten! Konnte da vielleicht die berüchtigte Organisation der „Union“ ihre Hand im Spiele haben? In London, Berlin, überall hatten ja die Regierungen heute Nacht mit diesen auffälligen Burschen verhandelt!

Die drei Arbeiter werden vorgelassen; ein alter und zwei jüngere. Capponi geht ihnen mit Spähaugen entgegen, hebt sehr freundlich, wie er es immer zu tun pflegt, die Rechte zum Faschistengruß. Er zieht die Hand rasch wieder zurück. Die Arbeiter erwidern den Gruß nicht! Also gefährliche Rebellen!

Der Ältere beginnt seine Rede, höflich, selbstbewußt: daß die Mailänder Arbeiter mit wachsender Unruhe die militärischen Vorbereitungen verfolgen, daß diese alles andere als Begeisterung auslösen, daß in ganz Europa die werktätigen Schichten im Begriff sind, ihre Stimmen zu erheben, und daß auch die Arbeiter Italiens

nicht stumm bleiben dürften, wenn ihnen ohne zwingende Not der Strick um den Hals gelegt werden sollte.

Das Gesicht des Duce ist regungslos. Sein Kinn ist noch edkiger geworden und baut sich drohend den drei Arbeitern entgegen. Wie? Die Straße fängt an, auch im faschistischen Italien zu maueln? Grenzenlose Wut kocht in Capponi. Unbarmherzig prasseln seine Worte auf die Arbeiter.

„Was wißt ihr von zwingender Not! Ihr verlangt tagaus, tagein Arbeit und Brot, aber ihr fragt nicht, woher beides kommt! Arbeit und Brot fallen nicht vom blauen Himmel, sie müssen jede Stunde neu erobert werden! Und wenn eines Tages die Bevölkerung Italiens keinen Lebensraum mehr hätte, würdet ihr euch dann nicht draußen vor meinem Palazzo zusammenrotten und mit Recht von mir Rechenschaft fordern? Mit Recht! Denn ich hätte dann meine Pflicht versäumt. Ich bin aber weit davon entfernt, meine Pflichten zu vergessen! Es ist die Tragik der Völker, daß sie zu ihrem eigenen Glück gezwungen werden müssen, und die Tragik der Führer, dafür verleumdet zu werden! Bildet ihr euch ein, daß ich Italiens Zukunft hinwerfe und erschrecke, weil ein paar tausend Arbeiter nicht denken können, weil ein paar Weichherzige schlotternde Knie bekommen?“

Der jüngste Arbeiter tritt auf den Duce zu und erwidert mit unterdrückter Leidenschaft: „Wir sind nicht weichherzig, aber ein Trümmerhaufen ist kein Vaterland mehr. Dann ist es schon besser, vorher gehängt zu werden!“

„Das könnt ihr haben!“ höhnt der Duce zurück. Sein Unterkiefer verzerrt sich zur Maske. „Wühlmäuse kann ich in meinem Land jetzt nicht brauchen. Und die Pesthöhle Mailand ist in Stunden ausgeräuchert. Darauf verlaßt euch. Vorläufig könnt ihr drei hinter festen Gittern über eure Pflichten nachdenken!“

Zwei Minuten später sind die Arbeiter als Gesangene abgeführt.

Capponi sitzt steif am Tisch wie einer, dem eine unheimliche Dision widerfuhr. Wer marschirt hinter den drei Halunken her? Tausend? Zehntausende? Wächst plötzlich aus dem Volk eine Saat, die er in zwölf Jahren nicht gewahrte? Ein faschistisches Italien, das meutert!

Capponis Faust kracht auf den Tisch. Eher steht die Sonne still! Ein paar Rebellen hier, ein paar Giftpilze dort... der Staat wird mitleidlos sein und zerstampfen, wer ihm zu trocken wagt! — Capponi reißt den Hörer von der Telephongabel: „Dringende Verbindung mit dem Präsekten in Mailand...!“

* * *

Im französischen Parlament schlägt die Gelassenheit des Redners Brandt in Schärfe und Zorn um: „Diese Stunde fordert zur Anklage heraus! Ich klage alle Regierungen der Welt an, zu wenig oder nichts getan zu haben, die niederträchtigen Methoden der Gewalt entscheidend umzuformen in die Grundgesetze der Menschenwürde und des Rechts! Ich klage alle Parlamente der Welt an, die sich begnügten, geschäftstüchtige Zweckverbände zu sein, oft genug Handlanger ihrer hohen Auftraggeber und anonymen Herren! Wann hörten je Könige, Diktatoren, Kabinette und Parlamente den Schrei ihrer Völker, bevor er ihnen drohend in die Ohren geschrien oder mit Fäusten ins Bewußtsein gehämmert wurde! Aus der Tiefe der Völker tönte immer zuerst der Aufschrei nach Gemeinsamkeit und Frieden der Nationen; er prallte ab an erstarrender Staatskunst, die die Systeme heiligte und das lebendige Leben vergaß! Erst als der Aufschrei sich organisierte und Macht wurde, als die geschundenen Massen drohend an die Türen dumpfer Kabinette pochten, öffneten die Regierenden spaltbreit Ohren und Augen. Ich höre Ihren stolzen Gegenruf: Völkerbund! Jawohl, meine Damen und Herren, ein Klub von Interessenten und Konkurrenten, in normalen Zeitläufen zur Not brauchbar, die Völker einzuschläfern, in Zeiten schwerer Krise ein seelenloses Gebilde. Wo die Gesinnung fehlt, hilft kein formaler Wille. Ich rufe den Genfer Fehlschlag laut in die Ohren der Völker! Es scheint also wirklich, daß nur Revolutionen dem Menschengeschlecht heilsam sind! Wir stehen vielleicht vor der größten Revolution, die Europa je erträumte und die verschuldet wurde von der Barbarei einer Zivilisation, die Menschen zu Maschinen degradierte!“

Betäubender Lärm bricht durch den Saal. Von den Tribünen tost es herunter: „Aufhören! Aufhören!“ — Rhée Landrug, die sozialistische Abgeordnete, steht auf ihrem Klappstuhl: „Es wird Zeit, daß die alten Götter stürzen!“

Die Bedeutung des englischen Gewerkschaftskongresses

Der vom 7. bis 13. September in Bristol abgehaltene Kongreß der britischen Gewerkschaften wurde von den politischen Ereignissen, die zum Sturz der Arbeiterregierung und zur Etablierung einer nationalen Regierung „der Köpfe“ führte, fast vollständig beherrscht. An der Spitze der neuen Regierung steht James Ramsay Macdonald, Begründer und bisheriger Führer der Arbeiterpartei. Ob es sich bei der neuen Regierung um eine solche „der Köpfe“ handelt, hinter denen keine Parteien stehen, muß stark bezweifelt werden. Wohl ist Macdonald als Premierminister

bloß „Kopf“, da die Arbeiterpartei sich von ihm trennte; was von den bürgerlichen Ministern nicht gesagt werden kann, die im Einverständnis ihrer Parteien handeln. — Die Ursache des Sturzes der zweiten Arbeiterregierung ist im Kampfe um die Erhaltung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes zu suchen, das längst aufgehört hat, ein Versicherungsgesetz in des Wortes Bedeutung zu sein. Das Gesetz basiert wie auch das deutsche, auf der Kalkulation, im Durchschnitt solle es im Jahr nie mehr als 1¼ Millionen Erwerbslose geben. In Wirklichkeit war der Durchschnitt seit 1920 stets höher, was das Gesetz auf eine schiefe Ebene brachte. Theoretisch betrachtet soll der Fonds in schlechten Zeiten vom Staat zur Auszahlung der Unterstützungen Geld leihen, um es in Zeiten guter Wirtschaftskonjunktur wieder abzahlen zu können. Seit langem weiß man, daß die dem Fonds geliehenen Staatsgelder niemals wiedergegeben werden können, es sei denn, die Unterstützungssätze werden gekürzt und die Beiträge bedeutend erhöht. Und in der Tat ist das der Vorschlag, den der von der Arbeiterregierung eingesetzte May-Ausschuß zur Untersuchung der nationalen Finanzen in seinem veröffentlichten Bericht macht. Dieser Ausschuß schlägt zur Sanierung des zu erwartenden Defizits im Haushalt vor, die Unterstützungssätze um 20 Proz. zu kürzen und die Beiträge um einen noch höheren Betrag zu erhöhen. Die vom Staat dem Erwerbslosenfonds bereits geliehene Summe, die bald wieder erhöht werden muß, beträgt 1,4 Milliarden Mark. Hier nun war der für die Arbeiterbewegung gekommene kritische Moment, wo es hieß, starke Nerven zu behalten. In der Regierung gab es solche, die mit dem Finanzminister Philipp Snowden bereit waren, eine zehnprozentige Kürzung der Unterstützungssätze durchzuführen. Hier trennten sich die Geister. Es kam zum Sturz der Regierung. In der Parlamentssitzung vom 8. September, also einen Tag nach Eröffnung des Kongresses, erklärte Arthur Henderson, gewesener Außenminister der Arbeiterregierung und neuer Führer der Arbeiterpartei:

„Man hat mir vorgeworfen, ich sei von allem Anfang an Führer derjenigen Gruppe gewesen, die sich gegen jede Kürzung der Unterstützungssätze wehrt und darauf bin ich stolz.“

In einer zwischen Arbeiterregierung und Generalrat stattgefundenen Konferenz hat Schatzkanzler Snowden den Gewerkschaftsführern entgegengegriffen:

„Ihr wißt gar nicht, wie schlimm es mit uns steht. Wir von der Regierung sind überzeugt, wenn das Vertrauen zum Pfundkurs verlorengeht und wir eine Inflation bekommen, dann stürzen wir kopflos in das Chaos und die Zahl der Erwerbslosen wird nicht fünf, sondern zehn Millionen betragen.“

In der Tat stand England in einer ähnlichen Finanzkrise wie Deutschland in den gefährlichen Julitagen. Walter

Citrine machte auf dem Kongreß zur wiedergegebenen Erklärung Snowdens folgende Bemerkung:

„Wir standen unter dem Eindruck, daß es unter der Regierung solche gab, die entschlossen waren, am Regierungsprogramm festzuhalten. Wir wußten, daß die Regierung unter dem Einfluß dunkler Mächte stand und lehnten jede Verantwortung ab.“

Das war der psychologische Moment, wo die Arbeiterregierung sich für oder gegen die Gewerkschaften erklären mußte. Macdonald, Snowden, Thomas (letzterer war bis zur Krise politischer Sekretär des Verbandes der Eisenbahner)

erklärten sich gegen die Gewerkschaften und gingen mit den Staatsmännern der Konservativen und Liberalen eine Koalitionsregierung ein. — Mit der Anspielung „dunkler Mächte“, die Citrine machte, ist die internationale Finanzwelt gemeint. So sagte Arthur Hayday, der ehrwürdige Pionier unserer Bruderorganisation, Verband der Fabrik- und Gemeindearbeiter, in seiner Präsidialadresse auf dem Kongreß:

„Geheime Mächte haben die Arbeiterregierung zu Fall gebracht. Dieselben Mächte haben die neue Regierung durch Methoden, die einer Diktatur gleichkommen, ohne die Volksautorität in den Sattel gehoben.“

Auf dem Kongreß, der eher einer Wahlversammlung glich als einem Nationalkongreß der Gewerkschaften, wurde die Wahlparole geschmiedet: „Wer soll regieren, das Volk oder die Banken?“ — Offen gestanden sind die internationale Finanzmacht und das Erwerbslosenproblem beide gefährliche Giftstoffe im Körper der modernen Gesellschaftsordnung, weshalb der bekannte sozialistische Dramatiker Bernard Shaw kürzlich die Bemerkung machte:

„Solange es nicht gelingt, die Erwerbslosigkeit auf ein erträgliches Maß herabzudrücken und die Bankiers nicht begreifen, daß die Welt nicht länger mit den Methoden des neunzehnten Jahrhunderts regiert werden kann, sind alle Pläne, England aus seiner gedrückten Lage zu retten, zwecklos.“

Hier ist der springende Punkt. Der Generalrat der Gewerkschaften macht auf dem Kongreß zur Lösung der auftauchenden Probleme folgende Vorschläge:

1. Das Versagen der Industrie, sich den Bedürfnissen der Nachkriegszeit anzupassen, trägt einen großen Teil der Schuld an der unglücklichen Weltwirtschaftslage. Ferner ist schuld die ungesunde monetäre Politik, die seit 1919 von den verschiedenen Regierungen angewandt wurde. Auch die Folgen des Friedensvertrages sind schuld am bestehenden Ruin, besonders aber die Kriegsschuldenregelungen. Als Abwehrmaßnahmen werden vorgeschlagen: Einstellung der deflationistischen Politik und Reorganisation der lebenswichtigen Industrien auf der Basis der Sozialisierung. Die gesamte Auslands politik muß auf neuer Grundlage aufgebaut werden, um endlich den Weg des internationalen Friedens beschreiten zu können. Kriegsschulden und Reparationsregelung müssen revidiert werden.

2. Soll die Weltwirtschaftskrise durch Erhöhung der Weltmarktpreise behoben werden.

3. Drittens ist die Ursache der Krise in der fehlerhaften Geldzirkulation zu suchen. Sie ist nicht nur schuld am Zusammenbruch des finanziellen Gleichgewichts Mitteleuropas, sondern auch an dem entstandenen Mißverhältnis zwischen der englischen Ein- und Ausfuhr.“

Daß der Generalrat sich für eine Politik der Inflation einsetzte, erregte viel Aufsehen. Bezeichnenderweise wird diese von Ernest Bevin propagiert, dem hervorragenden Führer des Verbandes der Verkehrsarbeiter. Zur Verteidigung seines Standpunktes sagte Bevin u. a.:

„Durch die 1925 erfolgte Rückkehr zur Goldwährung machten unsere Staatsmänner einen unverzeihlichen Mißgriff. Das jetzt von der neuen Regierung eingebrachte Notbudget ist eine Deflationsmaßnahme, deren Erfolg sein wird, daß unsere Nationalschuld sich um 10 Proz. erhöht. Vor dem Kriege genühten acht bis zehn Minuten Arbeitskraft (aller Arbeiter natür-

Der edle Blick der Nazis

Am 1. Juli 1930 erklärte der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Hauptmann Göring in einer Naziversammlung im Berliner Sportpalast:

„Möge man auch unsere Uniformen und Abzeichen verbieten. Wir erkennen unsere Leute am edlen Blick.“

Am 19. Februar 1931 war im „Angriff“, dem Berliner Organ der Nationalsozialisten, folgendes zu lesen:

„Stennes ist einer der kriegsbrauchbarsten und tüchtigsten Offiziere überhaupt... glänzende Eigenschaften... ein Führer in des Wortes wahrster Bedeutung... ein selten zuverlässiger Untergebener... ein leuchtendes Beispiel für seine Untergebenen... genießt die Achtung seiner radikalsten Gegner... sein makellos reiner Charakter tritt überall hervor... eine bemerkenswerte Persönlichkeit.“

Am 4. April 1931, also fünf Wochen später, schreibt der gleiche „Angriff“ über den gleichen Stennes:

„Herr Stennes ist im Innern ein Nationalsozialist gewesen; er weiß nur zu gut, daß er eine Idee überhaupt nicht besitzt; Herr Stennes kennt nur sein Ich und seine ebenso verlogenen wie undurchsichtigen Ziele.“

Preisfrage:

Wie hat sich nun der Naziabgeordnete Göring zu verhalten, der seine Leute allein am „edlen Blick“ erkennen will, wenn sie, wie im Falle Stennes nach dem Zeugnis des „Angriff“, plötzlich zu schielen anfangen? Jawohl, Herr Göring, fragen Sie nur bei der Redaktion des „Angriff“ an, die allein darüber Auskunft zu geben vermag.

lich) pro Tag zur Zahlung der Prozente unserer Nationalschuld, heute aber sind hierzu notwendig täglich eine bis einundeinhalbe Stunde."

Auf dem Kongreß ging man auf diese Dinge nicht näher ein. Es ist aber die Feststellung am Platze, daß die Geldzirkulation einen bedeutsamen Einfluß auf die Geschehnisse der Völker hat. Indem der Kongreß auf dieses so wichtige Problem aufmerksam machte, erwies er der internationalen Arbeiterbewegung einen großen Dienst: Die Arbeiterregierung hatte 1929 einen Ausschuß zur Untersuchung des Finanzwesens mit Berücksichtigung auf die Weltwirtschaftslage eingesetzt, der unter dem Namen MacMillan-Ausschuß bekannt ist. In dem vom Ausschuß veröffentlichten Bericht findet sich folgende Stelle:

"Jedes Stadium der Geschichte beweist nach unserer Meinung, daß das Grundgeheimnis aller sozialen Störungen immer in der Veränderung des Preisniveaus und in der daraus folgenden veränderten Lage von Schuldnern und Gläubigern, Unternehmern und Arbeitern zu finden ist."

"Es fällt wirklich nicht schwer", schreibt der englische Sozialist am 5. September im "Tagebuch": "gerade aus der jüngsten Zeit Beispiele herauszuziehen, die dies bestätigen. In Burma sanken im vorigen Jahr die Reispreise auf die Hälfte: heute befinden sich die bürerlichen Pflanzler weiter Bezirke in bewaffnetem Aufstand. Weizen, Jute, Reis, ja tatsächlich alle Feldfrüchte, von denen der indische Bauer abhängig ist, um Pacht, Steuern und die unbilligen Forderungen der Geldverleiher zahlen zu können, fielen im vergangenen Jahr mit der Plötzlichkeit eines Tropensturms um ungefähr 50 Proz. Von da an waren die Massen bereit, Gandhis Ruf zu folgen. Wollte man um 40 Proz. Australien gab den Goldstandard auf und zappt seitdem in der Faust seiner Gläubiger in der Londoner City. Letzten Endes lag der Fall Deutschlands genau so. Wenn die Young-Kommission noch Ende 1928 die Zahlungsfähigkeit Deutschlands den damaligen Verhältnissen entsprechend vernünftig einschätzte, so ist diese Berechnung inzwischen durch das Ansteigen des Goldwertes um 32 Proz. zu hoch geworden. Ohne Zweifel haben, wie der MacMillan-Bericht sagt, die Auswirkungen "dieses heftigen Niederganges der Preise auf die politische und soziale Stabilität" Probleme geschaffen. "die an Bedeutung alle übrigen Fragen unserer Zeit und Generation übertreffen."

Der MacMillan-Bericht ist also der Ansicht, daß die Ursache des Übels in der mangelhaften Geldzirkulation zu suchen ist. "Wenn sich der Wert des Geldes stark verändert, so muß das Chaos die Folge sein", heißt es im Bericht. "Es entstehen äußerste Härten und Ungerechtigkeiten sowie große Verluste des Einkommens, des Vermögens und der produktiven Kräfte."

Die Unternehmer schreien dann nach Abbau der Löhne und der staatlichen sozialen Leistungen, was der MacMillan-Bericht als Unsinn ablehnt. Hier also erwachsen der internationalen Gewerkschaftsbewegung neue gewaltige Aufgaben. Soll die Welt wieder ins Gleichgewicht gebracht werden, so müssen die internationalen Beziehungen der Völker auf eine ganz neue Basis gestellt werden.

Zur Frage der Einführung einer Schutzzollpolitik, die Henderson, Bevin und andere an Stelle einer Kürzung der Erwerbslosenunterstützung vorziehen, beschloß der Kongreß auf Vorschlag des Generalrats, diese Materie einer demnächst einzuberufenden Konferenz der Zentralvorsände zu überlassen.

Der Kongreß beschloß eine Agitation zur Einführung der 40-Stunden-Woche zu entfachen. Der Antrag wurde vom Fabrikarbeiterverband gestellt. Die Kollegen C. Dukes (Fabrikarbeiterverband) und H. Elvin (Angestellte) begründeten den Antrag mit dem Hinweis auf den technischen Fortschritt und die Rationalisierung, die viel größere Anstrengungen für die Arbeiter bedeuten als das noch vor einigen Jahren der Fall war. Heute sei man bei richtiger Organisation in der Lage, in 40 Stunden allen Anforderungen der Produktion zu genügen. Dukes sagte noch:

"Bürgerliche Ökonomen hätten es früher immer so dargestellt, als sei die Maschine zur Erleichterung der menschlichen Arbeit erfunden worden. In Wirklichkeit diene die Maschine heute dazu, die Arbeiter im Produktionsprozeß überflüssig zu machen. Kommt es zu keiner Verkürzung der Arbeitszeit (bei gleichbleibendem Lohn) so kommen wir überhaupt nicht zur Verringerung der Erwerbslosenzahl. Dieser Standpunkt würde heute auch schon von vielen Großunternehmern geteilt."

Nicht unerwähnt dürfen die Reden der amerikanischen Gastdelegierten bleiben. J. V. Moreschi trat für die Erhaltung hoher Löhne ein, da sie das Mittel zur Erhöhung der Kaufkraft der breiten Masse des Volkes sind. "Die Entwicklung der letzten zwei Jahre beweist, daß Massenproduktion ohne Massenverbrauch zum Ruin führt. Während die Produktionsmöglichkeit in den letzten zehn Jahren um 40 Proz. stieg, erhöhten sich die Löhne (in Amerika) nur um 24 Proz. Die öffentliche Meinung Amerikas ist bis jetzt noch gegen jede Art staatlicher Erwerbslosenversicherung, doch bricht sich der Gedanke immer mehr durch, daß man nach Abhilfsmitteln suchen muß, falls es nicht gelingt, die Erwerbslosig-

keit zu bannen. Allerdings darf es sich nur um vorübergehende Maßnahmen handeln, da Arbeit doch besser ist als das beste Unterstützungssystem. Wie aber der zweite amerikanische Redner erklärte, gab es bereits im Frühjahr in Amerika 5½ Millionen Erwerbslose und ebensoviel Kurzarbeiter. Im Vergleich zu 1929 ist der Lohnfonds in der ersten Hälfte dieses Jahres um 5 Millionen Dollar niedriger gewesen, gleichzeitig ist der Umsatz im Kleinhandel um 15 Proz. gesunken. Während sich die Industrie auf Massenproduktion umstellte, hat man nicht daran gedacht, es den Arbeitern zu ermöglichen, sich auf Massenverbrauch umzustellen. Wir dürfen wohl hinzufügen, durch die so entstandene Kluft, die zwischen der Möglichkeit zu produzieren und dem Absatz entstanden ist, ist letzten Endes das Elend der Wirtschaftskrise zu suchen.

Die kanadischen Gewerkschaften hatten G. Livett von den amerikanischen Bergarbeitern als Gastdelegierten entsandt, der sein Bedauern darüber aussprach, daß in Kanada keine staatliche Erwerbslosenversicherung besteht. Außerdem sprachen noch N. M. Joshi von der indischen Gewerkschaftsföderation und M. L. Jouhaux vom IGB. B. Weingartz.

Stimmen aus Kollegenkreisen

Und dennoch: Treue der Gewerkschaft

Derkehrte Wirtschafts- und Finanzpolitik und die mit ihr verbundene Massenarbeitslosigkeit benützen die Arbeitgeber als Deckmantel, einen Generalangriff auf die elementarsten Rechte der Arbeitnehmer durchzuführen. Tarifvertrag, Arbeitsrecht, Schlichtungsordnung und sozialer Arbeitsvertrag sollen zerstückelt, die Löhne unter das Existenzminimum herabgedrückt werden, um so die Arbeitnehmer zum willigen Werkzeug ihres Profithungers zu machen. Notverordnungen der Reichsregierung erleichtern den Arbeitgebern ihren Vernichtungspfad und erschweren den Gewerkschaften den Kampf im freien Kräftefeld. Vor allem die Arbeitnehmer der öffentlichen Hand (Reich, Länder und Gemeinden) will man in den rechtlosen Zustand der Vorkriegszeit zurückwerfen, ohne Tarifvertrag, sozialen Arbeitsvertrag usw.

Hilfsleistung zur Erreichung dieser Pläne leisten Rechts- wie Linksradikale; denen es nicht auf die Einheitsfront aller Arbeitnehmer gegen den Kapitalismus, sondern auf Zerschlagung der Gewerkschaften, des einzigen Bollwerkes der Arbeiterkraft, ankommt. Nicht Auf- und Ausbauarbeit wollen sie, sondern Vernichtung der in jahrzehntelangen Kämpfen errungenen Rechte, um im Chaos ihren Ideen zum Ziele zu verhelfen.

Gewerkschaftskollegen! Soll das Werk unserer Gegner gelingen? Sollen Zerspaltung, Mutlosigkeit und Indifferentismus soweit getrieben werden, schwer erkämpfte Rechte müheelos preiszugeben? Nein, Kollegen! Wohl lastet die Wirtschaftskrise mit allen ihren Begleitererscheinungen schwer auf jedem einzelnen. Bange Sorge erfüllt uns alle. Die Frage: "Was wird?" aber noch mehr: "Was wird nach Zerschlagung der Gewerkschaften?" Hier gibt es nur einen Ruf: Setzt aller Mitharbeit von Arbeitgebern, Rechts- wie Linksradikalen ein "Und dennoch Treue der Gewerkschaft!" entgegen. Werdet beweglicher, überzeugt Wankelmütige und Indifferente, daß nur durch Zusammenfluß in großen starken Gewerkschaften die Lebensrechte der Arbeiter gewahrt und ausgebaut werden können!

Not und Elend führte viele einzelne zur Vereinigung in starken Gewerkschaften zusammen. Im opferreichen Kampf wurden Arbeitsrecht und sozialer Arbeitsvertrag errungen, Lebensstandard und Kulturstand der Arbeiter erhöht. Gibt es für die deutsche Arbeiterschaft nichts zu verteidigen? Auch dieses tiefe Tal wirtschaftlicher Not muß und wird durchschritten werden, muß Sammlung und Erkennen für neues Vorwärtstreiben sein.

Nur eine geschlossene, freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft kann die Einheitsfront bilden zum Kampf gegen Ausbeutung, für Erringung besserer Lebensrechte. Erkennen wir, was wir zu verlieren haben, dann gibt es nur eins: Alle Zerspaltungsversuche zurückzuweisen und in unverbrüchlicher Treue zur Gewerkschaft, rufen wir allen Wankelmütigen und Indifferenten ein "Und dennoch" zu, und aus dem Stillstand wird ein neues wuchtiges Vorwärtstreiben fließen zur Sicherung und Ausbau besserer Lebensrechte der Arbeiterschaft.

O. Rudolph, Dresden.

Unsere Jugend

Politik und Jugend

Die veraltete Meinung, daß Politik und Jugend unvereinbar seien, trifft man immer wieder noch an. Man urteilt immer nach dem Satz, „Politik verdirbt den Charakter“, den Satz, den das Bürgertum extra zur Abhaltung der Arbeiter vom politischen Denken und Handeln erfunden hat. Wenn sich die Arbeiterbewegung nicht eine Jugend heranzieht, die politisch denken kann, wenn sie ihr nicht das Recht zugesteht, politisch zu handeln, dann erleben wir in der Zukunft noch schlimmeres als am 14. September 1930. Die Jugend, die heute in eine gegenüber der Vorkriegszeit völlig veränderte gesellschaftliche Stellung hineingeraten ist, die durch diese gesellschaftliche Stellung bedingt eine politische Jugend geworden ist, diese Jugend wird, wenn wir nicht aufpassen, ins andere Lager hinübergelitten. Nationalsozialisten und Kommunisten haben nicht zuletzt am 14. September deshalb gewonnen, weil sie demagogisch die Not der jungen Generation ausgenutzt haben, ihr politische Betätigung gaben und dadurch ihren Sieg festlegten.

Die Bedeutung der jungen Generation im wirtschaftlichen und politischen Leben wird klar durch folgende Zahlen: 62,5 Millionen Einwohner hatten wir bei der Volkszählung im Jahre 1925, davon waren über ein Siebentel, also 9 Millionen Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren. Von diesen standen im Alter von 14 bis 18 Jahren 4,2 Millionen (46,6 Proz.) und im Alter von 18 bis 20 Jahren 2,2 Millionen (24,4 Proz.) in Erwerbstätigkeit. Wenn man die 21jährigen noch hinzurechnet, ergibt sich, daß rund 7 Millionen Jugendliche, also 80 Proz. der Jugendlichen in Erwerbsarbeit standen. Dazu kommt noch, daß die Arbeitskraft der Jugendlichen zuweilen mehr wiegt, als die eines Vollarbeiters, denn zahlreiche kleine Handwerker und auch größere Werke arbeiten heute überwiegend mit Lehrlingen. In der Wirtschaft bedeutet die Jugend heute also bereits recht viel. Noch bedeutamer für uns in den Gewerkschaften wird das Problem Jugend, wenn man bedenkt, daß in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sich rund 600 000 Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren befinden, schon diese Tatsache stempeln die Jugend zu einer politischen.

Hinzu kommt aber noch der politische Faktor. Die vorerhaltene Wahlmündigkeit, die Militärdienstpflicht hinderten früher die junge Generation an der politischen Betätigung in der Vorkriegszeit. Vier Jahre früher kann die Jugend heute entscheidend in die Verhältnisse eingreifen. Innerhalb einer normalen Reichstagswahlperiode (vier Jahre) wachsen rund fünf Millionen Neuwähler heran, die, wenn alle das Stimmrecht ausüben, 80 Mandate abgeben, dann erkennt man die Bedeutung der Jugend.

Die gesellschaftliche Stellung der Jugend hat sich zu ihren Gunsten verändert, Jugend ist heute Machtfaktor geworden, deshalb auf allen Gebieten ein entscheidender Kampf um ihre Gewinnung. Eine der wichtigsten Aufgaben in der Gegenwart ist darum der Ausbau der Jugendwerbung und der Jugendberziehung in Gewerkschaften und Partei. Wir müssen dabei betonen, daß wir eine Politisierung der Jugend wollen und brauchen. Das bedeutet jedoch noch nicht, alle politischen Handlungen von der Jugend bestimmen zu lassen. Unsere Parole heißt darum nicht allein: „Politisierung der Jugend zum politischen Handeln“, sondern vielmehr „Erziehung zum politischen Denken und Handeln!“ Nur wenn wir in unseren Jugendabteilungen diesem Grundsatz folgen, werden wir für die politische Arbeit später tüchtigere, überlegene Mitarbeiter haben. Eine demagogische politische Erziehung unter Ausnutzung der Notlage und dem persönlichen Bedrängnis der Jugend, wie es die Nazis und Kozis heute machen, führt zu einer Verheerung. Die Ausnutzung des jugendlichen Elans in Verbindung mit der tüchtigen Ueberlegung des Älteren kann nur fruchtbringend sein.

Qualitativ und quantitativ sind die Erfolge der Jugendarbeit der Arbeiterbewegung gut. Die Jugendgruppen der freien Gewerkschaften erfassen 300 000 Mitglieder, des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes 230 000 Mitglieder, der Sozialistischen Arbeiterjugend 56 000 Mitglieder, der Naturfreunde 16 000 Mitglieder. Hunderttausende Jugendlichen werden also bereits von der Arbeiterbewegung erfasst und entscheidend beeinflusst. Noch größer ist aber das Reservoir der Werbemöglichkeiten; darauf muß unser Auge nun besonders gerichtet sein.

„Politik ist heute Lebensaufgabe des denkenden Menschen geworden.“ Dazu gehört vor allem die positive, bejahende Einstellung zur politischen Jugend, die Hilfe in der Jugendwerbung und der Jugendberziehung. **Karl Struß, Billstedt-Hamburg.**

Aus unserem Verbands

Sitzung der Reichsleitung der Fachgruppe Feuerwehr. Die erweiterte Reichsleitung der Reichsfachgruppe „Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner“ trat am 18. und 19. September zu einer Sitzung im Berliner Gewerkschaftshause zusammen. Sie befaßte sich insbesondere mit der Notverordnung des Reiches vom 24. August und der preußischen Notverordnung vom 14. September. Zu der preußischen Notverordnung wurde festgestellt, daß sie einen empfindlichen Einbruch in die Beamtenrechte und eine kaum noch erträgliche Verschlechterung der Lebenshaltung der Beamten bringt. Anerkannt wurde, daß die Schuld für diese Notverordnung nicht bei der Preußenregierung, sondern bei der Reichsregierung und der politischen Kräfteverteilung im Reichstage liegt. Besserung könne aber nur geschaffen werden, wenn die deutschen Arbeitnehmer sich auf dem Boden der Reichsverfassung zur Wahrung ihrer Interessen zusammenfinden. Nur dann werden die Gewerkschaften einseitige Belastungen abwehren können. Die vom Verbandsvorstand und vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund getroffenen Gegenmaßnahmen wurden einstimmig gebilligt. — Zu der Reichsnotverordnung wurde festgestellt, daß sie von den Ländern auch noch zur Verlängerung der Arbeitszeit mißbraucht wird. So habe der Bremer Senat durch Notverordnung vom 5. d. M. festgelegt, daß die Wachdienstzeit der Feuerwehrleute von bisher 24 Stunden, abwechselnd mit 24 Stunden Freizeit, auf 36 Stunden abwechselnd mit 24 Stunden Freizeit verlängert wird. Diese Verlängerung der Arbeitszeit wurde angeordnet, ohne daß dabei Einsparungen gemacht werden. Die Arbeitszeitverlängerung wird damit begründet, daß eine Verstärkung des Feuerzuges notwendig ist, obwohl auch in Bremen Betriebe ganz oder teilweise stillliegen, so daß eher eine Verbesserung, als eine Verschlechterung des Feuerzuges eingetreten ist. Für die geplante Maßnahme sind also sachliche Gründe nicht gegeben. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat wiederholt beschlossen, daß er seinen Mitgliedsstädten eine Verlängerung der Arbeitszeit der Feuerwehrleute nicht empfehlen könne. Ein Gutachten, das der Arbeitsphysiologe Professor Dr. Ahler für den Deutschen Städtetag zur Frage der Wachdienstzeit der Feuerwehrleute ausgearbeitet hat, stelle fest, daß der Wachdienst von 24 Stunden abwechselnd mit 24stündiger Freizeitchicht nicht nur aus kulturellen, sozialen und hygienischen Gründen geboten, sondern auch ökonomisch begründet ist. Dieser Dienst hat außerdem im Jahre 1914 bereits bei mehreren Berufsfeuerwehren bestanden. Unerträglich wäre auch, wenn die Arbeitszeit der Feuerwehrleute um 25 Proz. verlängert und Gesundheit und Arbeitsfreude des Feuerwehrpersonals zerstört würden, während die Aktionäre der Feuerversicherungsanstalten 25 Proz. und mehr Dividende beziehen. Der Verband wird der Reichsfachgruppe Feuerwehr jede Unterstützung gewähren, um alle Mittel zur Abwehr der Dienstverschlechterung anzuwenden.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Ein „Krieg“ zwischen Japan und China besteht seit etwa 19. September in der Mandschurei. Japanische Truppen haben dieses Land besetzt, wobei es zu schweren Kämpfen zwischen japanischen und chinesischen Truppen kam. Der Streit beschäftigt zurzeit den Völkerverbund.

François Boncet, der neue französische Botschafter in Berlin, überreichte am 22. September sein Beglaubigungsschreiben.

Das englische Pfund befand sich in der vorigen Woche seit Aufhebung der Goldwährung in einem fortgesetzten Wertabfall. Es sank von 20,40 Mk. auf 15,25 Mk. bis zum 25. September und erhobte sich am 26. September auf 16 Mk.

Gegen die Bogrom-Halbkreuzler vom Berliner Kurfürstendamm wurden Gefängnisstrafen von 9 Monaten bis zu 1 Jahr 9 Monaten verhängt.

Bankrott auch in Paris und Zürich. Die Bank Nationale de Credit ist auch in Zahlungsschwierigkeiten geraten und wird voraussichtlich auch vom Staat gestützt werden wie die Danabank. — In Zürich brach das Bankhaus F. C. Brugger u. Co. zusammen.

Die Hamburger Bürgerschaftswahlen am 27. September fanden unter starker Wahlbeteiligung, 83 Proz. der Wahlberechtigten gingen zur Urne. Das Resultat zeigt folgende Zahlen:

	19. 2. 1928		14. 9. 1930		27. 9. 1931	
	Stimmen	Mand.	Stimmen	Mand.	Stimmen	Mand.
Sozialdemokraten	246 685	60	240 984	59	214 509	46
Kommunisten	114 257	27	135 279	33	168 618	35
Deutschnationale	94 048	22	31 376	7	43 269	9
Staatspartei	87 553	21	64 129	16	67 088	14
D. Volkspartei	85 507	20	69 149	17	36 920	7
Wirtschaftspartei	20 136	4	16 910	4	11 373	2
Nationalsozialisten	14 760	3	144 684	35	202 465	43
Zentrum	9 402	2	10 980	2	10 794	2
Volkssozialpartei	5 609	1	1 956	0	1 156	—
Chr.-soz. Volksdienst	—	—	11 968	2	10 874	2

Die wichtigste Tatsache ergibt sich also aus der Wahl, daß die bisher regierende große Koalition, die die Parteien von den Sozialdemokraten bis zur Volkspartei umfaßte, nicht mehr die absolute Mehrheit hat. Den 46 Abgeordneten der Sozialdemokraten, den 14 Gewählten der Staats-

partei (die als einzige Partei der Mitte einen Stimmengewinn zu verzeichnen hat, und den 7 Vertretern der Volkspartei (die 18 Sitze einbüßte), stehen in der neuen Bürgererschaft 87 streng oppositionell eingestellte Mitglieder der Kommunisten, der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen gegenüber.

Der französische Ministerpräsident Laval und der Außenminister Briand sind am 27. September in Berlin zum Besuch der deutschen Regierung und zu einer politischen Aussprache eingetroffen.

Internationale Rundschau

Die freien Gewerkschaften Oesterreichs im Jahre 1930. Am 31. Dezember 1930 waren in Oesterreich insgesamt 655 204 Arbeiter und Angestellte freigewerkschaftlich organisiert. Das sind 82 073 Mitglieder weniger als im Jahre vorher. Daß der Mitgliederrückgang einzig und allein auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen ist, zeigt die Tatsache, daß die gegnerischen Organisationen keinen Gewinn aus dem Abgang verzeichnen können. Seit dem Jahre 1926 zeigt die Entwicklung der Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften Oesterreichs folgendes Bild:

	Ende des Jahres				
	1926	1927	1928	1929	1930
Männer . . .	583 473	597 771	598 699	575 963	513 087
Frauen . . .	167 919	174 991	167 469	161 314	142 117
Zusammen . .	756 392	772 762	766 168	737 277	655 204

Im Berichtsjahr sind die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr um rund 1,9 Millionen Schilling gesunken. die Ausgaben aber nur um rund 155 000 Schilling (1 Schilling = 60 Pf.). 95,81 Proz. der Einnahmen wurden wieder verausgabt. Seit 1926 zeigen Einnahmen und Ausgaben und der Anteil der Ausgaben an den Einnahmen folgendes Bild:

Jahr	Schilling		Ausgaben in Proz. der Einnahmen
	Einnahmen	Ausgaben	
1926	21 483 970,63	16 867 457,78	78,51
1927	22 360 015,10	19 119 685,61	85,50
1928	25 202 173,51	19 491 991,42	77,34
1929	25 352 739,02	22 627 259,23	89,25
1930	23 453 829,58	22 471 958,41	95,81

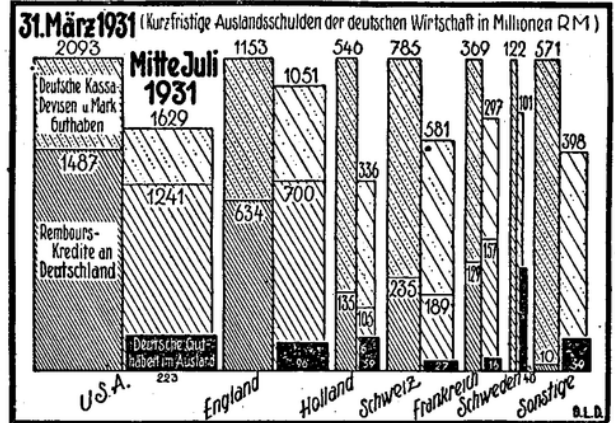
Die Einnahmen gliedern sich: Beitrittsgebühren S 60 478,82, ordentliche Beiträge S 19 660 540,34, außerordentliche Einnahmen S 3 732 810,42. Von den Gesamtausgaben entfielen S 7 642 802,45 oder 34,01 Proz. auf Unterstützungszwecke und S 14 829 155,96 oder 65,99 Proz. auf die übrigen Vereinszwecke. — Die freien Gewerkschaften Oesterreichs haben seit 40 Jahren sehr starke Veränderungen erfahren. Im Jahre 1892 gab es 10 Zentralorganisationen und 240 Lokalvereine. Im Jahre 1901 bestanden 32 Zentralvereine und 266 Lokalvereine. Seither ist die Zahl der Lokalvereine ständig gesunken. Ende 1913 betrug die Zahl der Zentralvereine 54, jene der Lokalvereine nur mehr 22, und Ende 1930 stehen 38 Zentralorganisationen nur 7 Lokalvereine gegenüber. Nachstehend sind jene Organisationen zahlenmäßig angegeben, deren Mitgliedschaft mehr als 4000 beträgt.

Name der Organisation	Gesamtmitgliederzahl am 31.12.30	Name der Organisation	Gesamtmitgliederzahl am 31.12.30
Metallarbeiter	107 526	Uebertrag	512 509
Eisenbahner	77 298	Hotelangestellte	19 402
Bauarbeiter	54 484	Holzarbeiter	13 258
Oeffentliche Angestellte	45 095	Buchdrucker	13 150
Freier Gewerkschaftsverband	39 037	Postgewerkschaft	11 916
Lebensmittelarbeiter	38 266	Technische Union	11 478
Chemische Industrie	34 758	Bankbeamte	7 417
Landarbeiter	32 012	Schneider	6 349
Kaufmännische Angestellte	29 432	Buchbinder	5 266
Industriearangestellte	27 338	Musiker	5 061
Textilarbeiter	26 963	Schuhmacher	4 660
		Hutarbeiter	4 372
		Hausgehilfen	4 332
		Lithographen	4 187
Uebertrag	512 509	Summe	623 057

Diese 24 Organisationen umfassen 95,09 Proz. der Gesamtmitgliedschaft, die restlichen 21 Organisationen aber nur 4,91 Proz. Die kleinste Organisation umfaßt nur 150 Mitglieder. Die durch Sperrdruck hervorgehobenen Verbände sind Bruderorganisationen unseres Gesamtverbandes. Dem Zuge der Zeit folgend, wird es wohl notwendig sein, zu einer stärkeren Zusammenschließung der Organisationen zu kommen, denn nur große, schlagkräftige Verbände werden die immer schwierigeren Aufgaben der freien Gewerkschaften meistern können.

RUNDSCHAU

Wer forderte im Sommer 1931 das geliehene Kapital zurück? Der Layton-Bericht, der nunmehr im Wortlaut vorliegt, enthielt in den Anlagen Schätzungen über die Kapitalverschöbung in Deutschland im Krisensommer 1931. Auf unserem Schaubild ist die Veränderung der kurzfristigen Verschöbung vom 31. März 1931



bis Mitte Juli 1931 dargestellt. Es zeigt sich, daß prozentual berechnet Holland und die Schweiz die größten Anteile der geliehenen Kapitalien zurückverlangt haben. Abolut ging am meisten Geld an die amerikanischen Banken zurück, die in diesen Monaten über 400 Millionen Mark zurückforderten. In erster Linie wurden die deutschen Markbestände zur Umwechslung in Devisen bei der Reichsbank vorgelegt und zu gleicher Zeit die Markguthaben in die eigene Landeswährung umgewechselt. Aus diesen Gründen hatte auch die Reichsbank den Hauptsturz zu bestehen, die ja während dieses Krisensommers etwa 1,2 Milliarden Mark Gold ans Ausland abgeben mußte.

RUNDFUNK

Vorschau auf das Oktoberprogramm der Deutschen Welle. Im Rahmen der staatsbürgerlichen Vorträge sei auf die Fortsetzung der Vortragsreihe von Felix Stiemer „Sozialismus als Weltanschauung“ hingewiesen, der am 6. und 13. in der Zeit von 18.00 bis 18.25 Uhr spricht. Studien-Direktorin Dr. Elsa Maß wird am 27. (18.00 bis 18.25 Uhr) „Der Staat und die Kinderreichen“ behandeln. Min.-Rat Joachim steht am 16. (18.30 bis 18.55) seine Vortragsreihe „Aus der Praxis des Arbeitsrechts“ fort; am 28. (19.30 bis 19.55) hält Maximilian Müller-Jabusch die „Weltpolitische Stunde“ ab, in der zu einer aktuellen politischen Tagesfrage Stellung genommen wird. Die Vortragsreihe „Bilder vom heutigen Rußland“ wird am 5. (20.00 bis 20.25) mit einem Vortrag von Curatus Bertram Schmitt über „Die Kirche in Sowjetrußland“ fortgesetzt. — Im Volkswirtschaftsfunk der Deutschen Welle spricht am 2. (18.00 bis 18.25) Reichsminister a. D. Robert Schmidt über „Die Folgen der Kreditperre für die deutsche Wirtschaft“. Zu dem Thema „Der Kapitalismus in der Krise“ wird am 7. (19.30 bis 19.55) Prof. Dr. Adolf Weber und am 9. (18.00 bis 18.25) Reichsminister a. D. Dr. Hilferding Stellung nehmen; Staatssekretär a. D. Prof. Dr. August Müller wird am 14. (19.30 bis 19.55) über „Gebundene Industriewirtschaft oder Konkurrenzwirtschaft“ sprechen. — Im Rahmen der Stunde des Beamten wird am 14. (19.00 bis 19.25) Wilhelm Flügel über „Bolschewismus, Faschismus, Beamtengewerkschaften“ sprechen; Min.-Rat a. D. Falkenberg hält am 28. zur gleichen Zeit einen Vortrag über „Die Beamten in den Parteiprogrammen“. — In der Stunde des Arbeiters wird jeweils freitags (19.30 bis 19.55) das Jahresprogramm fortgesetzt, und zwar wird im Monat Oktober die Gruppe „Der Angestellte“ behandelt. — Im Frauenfunk der Deutschen Welle sei besonders auf zwei Vorträge hingewiesen: Luise Diehl wirkt am 10. (15.45 bis 16.00) die Frage auf: „Ist dein Beruf auch wirtschaftlich lohnend?“, Margarete Weinberg spricht am 17. (15.45 bis 16.00) über „Den wirtschaftlichen Kampf der älteren Frau“. — In der Jugendstunde der Deutschen Welle berichtet am 9. (15.00 bis 15.30) Pf. Peters über seine Eindrücke als Austauschschüler in England. Am 12. (15.40 bis 16.00) unterhalten sich der Stunde „Jugend zur Jugend“ Georg Berggruen und Frig Bergmann über das Thema „Wir und die Klassiker“. — Im Schulfunk der Deutschen Welle wird am 28. (9.00 bis 9.25) Oberbürgermeister Dr. Sahm den Schülern aus seinem Leben erzählen.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamtverbandes, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz
Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO 56, Scharfsteine Straße 42